SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Interessenvermittlung unter den Bedingungen der europäischen Integration: die Erstellung nationaler Positionen zum 5. Forschungsrahmenprogramm der EU in Österreich, den Niederlanden und Schweden

Biegelbauer, Peter

Veröffentlichungsversion / Published Version
Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Biegelbauer, P. (2001). *Interessenvermittlung unter den Bedingungen der europäischen Integration: die Erstellung nationaler Positionen zum 5. Forschungsrahmenprogramm der EU in Österreich, den Niederlanden und Schweden.* (Reihe Politikwissenschaft / Institut für Höhere Studien, Abt. Politikwissenschaft, 79). Wien: Institut für Höhere Studien (IHS), Wien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-246321

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:
This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.
By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

79

Reihe Politikwissenschaft

Political Science Series

Interessenvermittlung unter den Bedingungen der europäischen Integration:

Die Erstellung nationaler Positionen zum 5. Forschungsrahmenprogramm der EU in Österreich, den Niederlanden und Schweden

Peter S. Biegelbauer

79

Reihe Politikwissenschaft

Political Science Series

Interessenvermittlung unter den Bedingungen der europäischen Integration:

Die Erstellung nationaler Positionen zum 5. Forschungsrahmenprogramm der EU in Österreich, den Niederlanden und Schweden

Peter S. Biegelbauer

Oktober 2001

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Contact:

Peter Biegelbauer
☎: +43/1/599 91-169
email: beagle@ihs.ac.at

Founded in 1963 by two prominent Austrians living in exile – the sociologist Paul F. Lazarsfeld and the economist Oskar Morgenstern – with the financial support from the Ford Foundation, the Austrian Federal Ministry of Education, and the City of Vienna, the Institute for Advanced Studies (IHS) is the first institution for postgraduate education and research in economics and the social sciences in Austria. The **Political Science Series** presents research done at the Department of Political Science and aims to share „work in progress“ before formal publication. It includes papers by the Department's teaching and research staff, visiting professors, graduate students, visiting fellows, and invited participants in seminars, workshops, and conferences. As usual, authors bear full responsibility for the content of their contributions.

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 von zwei prominenten Exilösterreichern – dem Soziologen Paul F. Lazarsfeld und dem Ökonomen Oskar Morgenstern – mit Hilfe der Ford-Stiftung, des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht und der Stadt Wien gegründet und ist somit die erste nachuniversitäre Lehr- und Forschungsstätte für die Sozial- und Wirtschafts-wissenschaften in Österreich. Die **Reihe Politikwissenschaft** bietet Einblick in die Forschungsarbeit der Abteilung für Politikwissenschaft und verfolgt das Ziel, abteilungsinterne Diskussionsbeiträge einer breiteren fachinternen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die inhaltliche Verantwortung für die veröffentlichten Beiträge liegt bei den Autoren und Autorinnen. Gastbeiträge werden als solche gekennzeichnet.

Abstract

This paper focuses on the policy-finding process prior to the drawing up of selected national position papers in the context of the 5th Framework Programme for Research, Technological Development and Demonstration. The paper aims to explain the differences in the process of establishing national positions in Austria, the Netherlands and Sweden between 1996 and 1997. Three main factors build the framework for such an explanation: the differences in the structures of national innovation systems, the forms of interest aggregation and transmission between state and economy (which are reflected in the national and the EU-related research and technological development policies) as well as the date of EU-accession.

Zusammenfassung

Das gegenständliche Papier analysiert die Politikfindungsprozesse, die zu den nationalen Positionen dreier Länder in den Aushandlungsprozessen um das aktuelle 5. Rahmenprogramm für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration der EU führten. Das Forschungsinteresse richtet sich auf die Erklärung der Unterschiede in den Prozessen der Findung nationaler Positionen von Österreich, den Niederlanden und Schweden, im Zeitraum von 1996 bis 1997. Zur Untersuchung der Verschiedenheit der drei Prozesse werden folgende Faktoren herangezogen: die unterschiedlichen Strukturen der nationalen Innovationssysteme, die Form der Interessenvermittlung zwischen Staat und Wirtschaft, die sich in der nationalen und der EU-spezifischen Forschungs- und Technologiepolitik widerspiegelt, sowie der Zeitpunkt des EU-Beitritts der drei Länder.

Bemerkungen

Das Papier beruht auf dem ersten Teil des im Rahmen der Forschungsgruppe „Vergleichende Politische Ökonomie Europas“ an der politikwissenschaftlichen Abteilung des Institutes für Höhere Studien durchgeführten RP5-POL Projektes, das vom Autor in Zusammenarbeit mit Dr. Alfred Gerstl und Dr. Susanne Pernicka im Auftrag der gesellschaftswissenschaftlichen Abteilung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kulturelle Angelegenheiten von November 1999 bis Juni 2001 durchgeführt wurde. Der Kern der Datenbasis wurde durch mehr als 100 strukturierte Interviews in den drei Vergleichsländern und in Brüssel, einer größeren Anzahl von Hintergrundgesprächen, sowie durch die Analyse von mehr als 200 A4-Dokumentenordnern mit Protokollen, Stellungnahmen und Papieren zur Entstehung des 5. Rahmenprogrammes für Forschung, Technologische Entwicklung und Demonstration gebildet. Im Zusammenhang mit der Entstehung des gegenständlichen Papiers möchte ich mich für kritische Kommentare bei Dr. Alfred Gerstl und Dr. Susanne Pernicka, Dr. Christine Neuhold und Prof. Wolfgang Streeck bedanken.

Contents

1. Einleitung 1

2. Was ist und wie entsteht ein EU-Rahmenprogramm? 5

3. Beschreibung der drei Vergleichsländer 9

3.1 Schweden....9

3.1.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft....9

3.1.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen....10

3.1.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus....14

3.2 Niederlande....16

3.2.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft....16

3.2.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen....18

3.2.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus....20

3.3 Österreich....23

3.3.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft....23

3.3.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen....24

3.3.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus....25

4. Vergleich der drei Länder in Bezug auf (EU)-FTE-Politik 28

4.1 Nationale Innovationssysteme....28

4.2 Beziehungen von Staat und Wirtschaft....29

4.3 Strukturen der EU-FTE-Politik....30

4.4 Einbindung von Interessengruppen....34

5. Überprüfung der drei Erklärungsfaktoren 38

Glossar 42

Bibliografie 44

1. Einleitung[1]

Seit der Entstehung der EU-Rahmenprogramme für Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration hat dieses Instrument der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik ständig an Bedeutung gewonnen. Dies ist vor allem der Fall in bezug auf den finanziellen Umfang der Rahmenprogramme, deren letztes sich bereits auf rund 15 Milliarden EURO für den Zeitraum von 1999–2003 beläuft. Hand in Hand mit der Vergrößerung der Rahmenprogrammbudgets in absoluten Zahlen wächst auch der Anteil der Budgets an den gesamten europäischen Ausgaben an Forschung und Technologie[2], sodass in diesem Politikbereich die Auswirkungen der Europäisierung von Politik und Politikentstehung deutlich sichtbar wird (Süß/Becher 1993, Grande 1995, Peterson/Sharp 1998, Biegelbauer 1999, Grande 2000b, Edler 2001).

Das gegenständliche Papier will sich vor allem den Politikfindungsprozessen widmen, die zu den nationalen Positionen dreier Länder am Anfang der Aushandlungsprozesse um das aktuelle 5. Rahmenprogramm standen.[3] Dabei handelt es sich um Österreich, die Niederlande und Schweden, die im Zeitraum von 1996 bis 1997 nationale Positionen zum 5. Rahmenprogramm (RP5) festlegten, um diese 1997 und 1998 in die Verhandlungen um das Programm auf europäischer Ebene einfließen zu lassen.

Das zentrale Forschungsinteresse dieser Arbeit richtet sich demzufolge auf die Erklärung der Unterschiede in den Prozessen der Findung einer nationalen Position zum RP5. In diesen spiegelt sich die Fähigkeit des Staates wider, in einem der europäischen Integration besonders stark unterliegenden Politikfeld die gesellschaftlichen Interessen zu erfassen, mitunter auszugleichen und (in diesem Fall auf die europäischen Ebene hin) zu vermitteln. Hierin soll sich keineswegs der Steuerungsoptimismus wiederfinden, der für die nationalen Forschungs- und Technologiepolitiken der 1950er, 1960er und 1970er Jahre prägend war (Lütz 1993, Stucke 1993, Grande/Häusler 1994, Martinsen/Simonis 1995, Kuhlmann 1998, Biegelbauer 2000), sondern die seitens zentraler gesellschaftlicher Akteure nach wie vor an den Nationalstaat gerichtete Anforderung ihre Interessen vis-á-vis der EU zu vertreten.

Ein Blick auf die Interessenvermittlungstätigkeit der drei Nationalstaaten sollte sich vor allem deshalb gut für einen Vergleich eignen, weil diese eine Reihe von Gemeinsamkeiten besitzen, auf Grund derer durchaus vergleichbar Vorgangsweisen und vielleicht sogar

---

1 Männliche und weibliche Formen werden in diesem Papier zufällig verteilt verwendet, weil der Autor die geschlechtsneutralen Formulierungen als für den Lesefluß hinderlich empfindet.

2 Tatsächlich wuchs der Anteil der Ausgaben für FTE am EU-Gesamtbudget von 0,5% 1984 auf über 4% im Jahr 1996 (Peterson / Sharp 1998), um seither zu stagnieren.

3 Im Sinne der klassischen Phasenheuristik der Policy-Analyse steht die hier analysierte Politikfindung/formulierung also in den ersten Phasen des politischen Prozesses, hinter Problemerkennung/orientierung und vor der Politikdurchführung/evaluation (vgl. Heritier 1987).

Resultate in bezug auf die Aggregation der gesellschaftlichen Interessen zum Ziel der Findung einer nationalen Position erwartbar wären. Tatsächlich sind alle drei Länder kleine, offene, in die EU integrierte Marktwirtschaften mit stark neokorporatistischen Ausprägungen und einem hochgradig ausdifferenzierten Forschungs- und Technologiesystem.[4] Auch sind die grundsätzlichen Bedingungen des Politikfeldes Forschungs- und Technologiepolitik (FTE-Politik) in allen drei Ländern insofern ähnlich, als daß in keinem Fall der Bereich für wahlentscheidend gehalten und deshalb mit tendenziell weniger Aufmerksamkeit bedacht wird als andere Felder. Und doch läßt sich feststellen, daß in den drei Fällen die Aggregation nationaler Interessen durchaus unterschiedlich verlaufen ist.

In Österreich etwa wurden die Sozialpartner, also die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, bevorzugt behandelt, während einzelne Firmen sich, trotz verschiedener diesbezüglicher Versuche seitens des die EU-Forschungs- und Technologiepolitik (EU-FTE-Politik) koordinierenden Wissenschaftsministeriums (BMWV/K, heute BMBWK), kaum einbinden ließen und Forschungsinstitutionen den Großteil der Interaktionen mit dem Ministerium, das hier für den Staat steht, stellten.[5] In Schweden wurden die Arbeitnehmerverbände von vornherein nicht eingebunden, die Arbeitgeberverbände allerdings schon. Firmen waren weniger an der Entstehung der nationalen Position zu RP5 beteiligt als Forschungsinstitutionen und den Ministerien vorgelagerte intermediäre, zwischen Ministerien, Forschungseinrichtungen und EU vermittelnde, Institutionen. In den Niederlanden wurden Arbeitgeberverbände, Firmen und Forschungsinstitutionen nur indirekt eingebunden, Arbeitnehmerverbände gar nicht. Neben einzelnen den Ministerien vorgelagerten Institutionen waren es hier vor allem ministerielle Dienststellen, die an dem Prozeß der Politikfindung mitwirken.

In allen drei Ländern wurden somit für das Politikfeld zentrale gesellschaftliche Akteure in verschiedenem Umfang eingebunden. Dementsprechend lautet die Forschungsfrage des vorliegenden Papiers: Wie können die unterschiedlichen Formen der Interessenvermittlung im Prozeß der Findung einer nationalen Position zu RP5 erklärt werden?

Dabei werden in erster Linie die drei folgenden Faktoren Berücksichtigung finden: Ein erster Faktor zur Erklärung der unterschiedlichen Interessenvermittlungsstrategien der drei Länder ist das historisch gewachsene institutionelle Setup der nationalen Innovationssysteme (Freeman 1987, Lundvall 1992, Nelson 1993). Hierunter ist vor allem die Ausdifferenzierung

---

[4] Der Begriff Neokorporatismus steht hier vor allem für die vorrangige Behandlung der Verbände durch den Staat, der letzteren auch oft einen monopolartigen Zugang gewährt, und dem daraus entstehenden engen Geflecht an Austauschbeziehungen zwischen den drei Akteuren Staat, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretung sowie der damit einhergehenden vergleichsweise nachgeordneten Wichtigkeit anderer gesellschaftlicher Akteure (für Überblicke Czada 1994, Streeck 1994, Schmitter/Grote 1997).

[5] Tatsächlich übernimmt die zentrale Verwaltung im FTE-Politikbereich oft die Rolle des Staates. Dies gilt in besonderem Fall für Österreich, wo die in anderen Politikfeldern wichtigen Akteure Parteien, Parlament oder Regierung aus Desinteresse und geringer Sachkompetenz eine vergleichsweise untergeordnete Rolle spielen.

der Innovationssysteme zu verstehen, also das Vorhandensein und die Rolle von universitären und außeruniversitären Forschungsinstitutionen, Firmen, intermediären Organisationen und der politischen Superstrukturen in Verwaltung und Regierung. In einer politikwissenschaftlich geprägten Verwendung dieses Konzeptes geht es vorrangig um die Ausprägung der einzelnen Institutionen, die im Bereich Forschung und Technologie vorfindbar sind. In einer Analyse der Interessenvermittlung zu EU-FTE-Politik ist das institutionelle Setup der jeweiligen nationalen Innovationssysteme insofern wichtig, als das Vorhandensein der jeweils relevanten Akteure im Politikfeld, ihre Rolle, Dauer der Existenz und Größe wichtige Determinanten ihrer Einflusskraft im Prozeß der Interessenvermittlung sind.

Ein zweiter zu berücksichtigender Faktor soll die Form der Interessenvermittlung zwischen Staat und Wirtschaft sein, die für ein politisches System typisch ist. Im Fall der drei Vergleichsländer sollen hier die an der Politikentstehung beteiligten Netzwerke von Akteuren speziell auf Vorhandensein und Natur von neokorporatistischen Politikarrangements hin untersucht werden. Allerdings ist zwischen einer Charakterisierung des gesamten nationalstaatlichen politischen Systems und dem hier bedeutsameren Bereich der FTE-Politik zu unterscheiden. Generell sind die Formen der Politikgestaltung und der Interessenvermittlung in unterschiedlichen Politikbereichen unterschiedlich ausgeprägt – oftmals ähneln sich Politikfelder einzelner Länder im Vergleich mehr als die politischen Systeme der Länder selber und auch in „starken“ neokorporatistischen Systemen unterliegen nicht alle Politikfelder gleichermaßen neokorporatistischen Arrangements (Karlhofer/Talos 1996, Falkner/Müller 1998, Traxler/Blaschke/Kittel 2001, Talos/Kittel 2001). Dieser Faktor ist von Bedeutung, da die für ein Land typische Form der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft und die damit einhergehenden Formen der Interessenvermittlung eine Rückwirkung auf das Repertoire der staatlichen und gesellschaftlichen Akteure im Bereich FTE-Politik haben. Beide, Formen der gesamtstaatlichen Interessenvermittlung und die typischen Handlungsmuster im Bereich FTE-Politik, prästrukturieren die Formen der Interessenvermittlung im konkreten Bereich der Einbeziehung verschiedenster Akteure im Fall der Entstehung der nationalen Position zu RP5. Schlußendlich soll hier noch angemerkt werden, daß auch zwischen nationaler FTE-Politik und EU-FTE-Politik unterschieden werden muss, da die Akteure in beiden Fällen nicht einer gleichen Gewichtung unterliegen müssen. Dadurch kann hier auch die FTE-Politik und die dort dominante Form der Interessenvermittlung als eine der erklärenden Faktoren zum besseren Verständnis von EU-FTE-Politik herangezogen werden.

Der dritte Faktor, der systematische Berücksichtigung finden wird, ist der Zeitpunkt des EU-Beitrittes der drei Länder, von denen die Niederlande Gründungsmitglied sind, die beiden anderen Länder aber erst in der Erweiterungsrunde der 1990er Jahre zur EU gestoßen sind. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Niederlande zu Beginn des Beobachtungszeitraumes bereits ähnliche Prozesse zu den Vorläuferprogrammen von RP5 durchlaufen hatten, die aus der Sicht des die EU-FTE-Politik koordinierenden Wirtschaftsministeriums (MinEZ) relevanten Akteure und Routinen also bereits bekannt und die einzelnen Akteure auch

aufeinander eingespielt waren. In Schweden und Österreich war die Situation hingegen auf Grund der erst zu Beginn 1995 erfolgten EU-Mitgliedschaft insofern anders, als sich die zentralen Akteure der Forschungs- und Technologiepolitik mit einer komplett neuen Anforderungsstruktur auseinanderzusetzen hatten und die zugehörigen Routinen für alle beteiligten Akteure, auch die koordinierenden Ministerien (in Schweden das Bildungs-, in Österreich das Wissenschaftsministerium) nicht institutionalisiert und meist nur „nach den Buchstaben des Gesetzes" bekannt waren.[6]

Die Form der Fragestellung erlaubt es auch zu den Auswirkungen der EU-Integration (vor allem im Fall von jüngst erfolgten EU-Beitritten, vergleiche Falkner 2000) auf neokorporatistisch geprägte politische Systeme im Fall eines üblicherweise neokorporatistischen Arrangements weniger unterliegenden Politikfeldes Stellung zu nehmen. Hinter dieser Fragestellung vermag sich zudem das Interesse an der potenziellen Konvergenz politischer Strukturen unter den Bedingungen der Globalisierung (Albert 1991, Streeck/Hollingsworth 1994, Boyer/Hollingsworth 1997, Traxler/Blaschke/Kittel 2001) und der Zukunft der neokorporatistischen Konkordanzdemokratie als Alternative zur angelsächsischen Konkurrenzdemokratie (Karlhofer/Talos 1996 und 1999, Schmitter/Grote 1997, Grande 2000a) kaum zu verbergen. Allerdings müssen die diesbezüglichen Ergebnisse angesichts der limitierten Reichweite des gegenständlichen Ländervergleiches gezwungenermaßen indizienhaft bleiben.

Der Rest des Papiers ist wie folgt gestaltet: zuerst wird kurz beschrieben was die Forschungsrahmenprogramme sind, wie sie entstehen und welche Rolle sie in der EU-FTE-Politik spielen. Dann werden die drei Vergleichsländer im Hinblick auf die eben beschriebenen drei Faktoren charakterisiert. Der nächste Abschnitt konzentriert sich auf den Vergleich der drei Länder. Der letzte Teil des Papiers widmet sich einer Überprüfung des Erklärungsgehaltes der drei eingangs beschriebenen Faktoren.

---

[6] Theoretisch waren Österreich und Schweden noch in die Endphase der Beratungen um RP4 eingebunden. Nach den übereinstimmenden Aussagen aller Interviewpartner konnte diese Möglichkeit jedoch auf Grund mangelnder Erfahrung im Umgang mit den komplexen EU-Entscheidungsroutinen in beiden Ländern nur zur Beobachtung, nicht aber zu tatsächlichem Eingreifen, genützt werden. Hinzu kam, dass alle Positionen zum ersten Mal bezogen werden mussten – auf EU-Ebene und auch national – was die Unsicherheit und damit den Druck auf die Akteure auf allen Ebenen verstärkte. Ein schwedischer Interviewpartner drückte dies so aus: „The 12 older member states already had their arsenal of ready and discussed positions..." – whilst we had to position ourselves, hatte er hinzu gedacht.

2. Was ist und wie entsteht ein EU-Rahmenprogramm?

Lässt man einige kleinere Programme im Bereich Kohle und Stahl und die jahrzehntelang meist auf eher niedrigem Niveau dahinsimmernde Diskussion um EU-FTE-Initiativen bei Seite und konzentriert sich auf die tatsächliche Durchführung von Politiken, kann der Beginn der europäischen FTE-Politik mit der Implementation der Rahmenprogramme datiert werden – tatsächlich umfasst die europäische FTE-Politik bis zum heutigen Tag vor allem die Rahmenprogramme. Das Erste Rahmenprogramm (RP1) lief von 1984–1987 und war mit 3,8 Milliarden ECU/EURO budgetiert. Es war im wesentlichen eine Reaktion auf die Verluste europäischer Firmen auf den sich internationalisierenden Märkten und konzentrierte sich auch auf als strategisch wichtig identifizierte Bereiche wie der Informationstechnologie, etwa in Form des noch immer existierenden European Strategic Programme for R&D in Information Technology (ESPRIT).[7]

Die Rahmenprogramme wuchsen rasch an: das von 1994–1998 aktive RP4 umfasste bereits 13,2 Milliarden ECU/EURO und deckte rund 2.000 Themenbereiche ab, die in einer Reihe von Schwerpunkten zusammengefasst waren. Zwischenzeitlich hatte zuerst die Einheitliche Europäische Akte 1987 und dann der Vertrag von Maastricht 1992 (Artikel 130, Paragraph f bis p) eine Stärkung der EU-FTE-Politik gebracht, im Rahmen derer einerseits die Kommission in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaatenmit der Koordination der nationalen Politiken betraut wurde, andererseits das Parlament das Recht zur Mitentscheidung[8] im gegenständlichen Politikfeld zugestanden wurde (Sharp/Peterson 1998).

Der politische Prozeß, der zum Beschluss eines Rahmenprogramms führt, ist, wie die meisten Prozedere der EU-Politik, den komplexen Ausgangssituationen entsprechend kompliziert und langwierig. Im Wesentlichen läßt sich ein informeller Teil (bei RP5 in den Jahren 1995–1997) von einem formellen (die Jahre 1996–1998) unterscheiden, wobei es durch die Verwendung von Arbeitspapieren und Non-Papers seitens Kommission und Mitgliedstaatenzu einer Überlappung der beiden kommt (in den Jahren 1996–1997). Im informellen Teil des Politikprozesses initiiert die in diesem Politikfeld auf EU-Ebene federführende Generaldirektion XII (jetzt GD Forschung) der europäischen Kommission einen Diskussionsprozess, an dem sich die verschiedenen Kommissions-Dienststellen und beratenden Ausschüsse beteiligen. Kommission und Ausschüsse werden dabei einerseits als Trendscouts aktiv und holen Informationen über FTE-Programme im internationalen Bereich ein, suchen aber auch nachgefragte Schwerpunkte seitens der europäischen Wirtschafts- und Forschungseinrichtungen zu antizipieren. Grundlage der Diskussion ist

---

7 Zur verschiedenen Facetten der Geschichte der EU-FTE-Politik siehe Sandholtz 1992, Krige/Guzzetti 1995, Peterson/Sharp 1998, Biegelbauer 1999, Borrás 2000, Grande 2000b, Edler 2001.

8 Zum Mitentscheidungsverfahren siehe Wessels/Müller 2000, Maurer 2000, Borchardt 2000, Neuhold 2001.

prinzipiell das letzte RP und die diesem vorangegangene Debatte. Zu diesem Zeitpunkt werden auch Firmen, Forschungseinrichtungen, Verbände und Experten auf nationaler und europäischer Ebene in verschiedenen Foren zur Abgabe von Diskussionsbeiträgen eingeladen.

Besonders wichtig ist in dieser Phase des Prozesses der Kommissar und sein Kabinett, die oft als visionäre Impulsgeber, in der gegenwärtigen Diskussion um RP6 etwa in Form des Europäischen Forschungsraums, fungieren.[9] Am Ende dieses Vorgangs, der im Fall von RP5 von 1995 bis 1996 andauerte, steht ein noch informelles Papier der Kommission, zu dem alle vorher genannten Akteure, nun aber auch die Mitgliedstaatenselber, zum Kommentar eingeladen werden. Dieses Papier war im Fall von RP5 „Die Zukunft gestalten," welches im Sommer 1996 in seiner endgültigen Fassung zur Verbreitung kam.[10]

Offensichtlich ist, daß ab dem Zeitpunkt der ersten Präsentation des Kommissionspapiers die Nationalstaaten deutlich an Einfluss gegenüber den anderen Akteuren gewinnen, da die von ihnen geäußerten Wünsche bezüglich des neuen Rahmenprogramms in der einen oder anderen Form im Lauf der nach Präsentation des offiziellen Kommissionsvorschlages – bei RP5 war dies KOM(97) 142 endg. im April 1997 – in die Verhandlungen in der Ratsarbeitsgruppe Forschung und COREPER einfließen werden. Ungefähr das letzte Jahr des Verhandlungsprozesses ist also von den Diskussionen zwischen den drei europäischen Institutionen, Kommission, Rat und Parlament geprägt – letzteres bringt seit der Einführung des Mitentscheidungsverfahrens nach dem Vertrag von Maastricht seine Änderungswünsche gegenüber dem Kommissionsvorschlag in der Form von bis zu drei Lesungen im Plenum ein. Im Fall von RP5 haben sich die Ratsarbeitsgruppe Forschung ab Februar 1997 und die Parlamentsausschüsse ab April 1997 mit dem offiziellen Kommissionsvorschlag beschäftigt.

In den letzten Monaten vor der Beschlussfassung des neuen Rahmenprogramms, nachdem Rat und Parlament jeweils zu eigenen Standpunkten gekommen sind und die Kommission darauf reagiert hat, beginnt schließlich, im Fall der Unvereinbarkeit der Standpunkte (wie bei RP5 der Fall), der Trilog. Dabei handelt es sich um die Verhandlungen von Vertretern des Rates, des Parlaments und der Kommission nach dem Vermittlungsverfahren, ein Teil des Mitentscheidungsverfahrens[11] – das war bei RP5 ab September 1998 der Fall. Im November 1998 erzielten die Verhandlungspartner im Trilog einen Kompromiss, der im Dezember von Parlament und Rat bestätigt wurde und gerade noch rechtzeitig vor dem Auslaufen von RP4

---

9 KOM (2000) 6, „Hin zu einem europäischen Forschungsraum"

10 KOM(96) 332 endg. erschien im Juli 1996. Der genaue kommissionsinterne Entstehungsprozess des Dokuments kann sozialwissenschaftlich kaum nachvollzogen werden, weil die Kommission sich über die Details derartiger politischer Vorgänge tendentiell bedeckt gibt und Informationen, die von einzelnen Beamten zu erfahren sind, notgedrungenermassen bruchstückhaft bleiben. Generell scheinen die internen Entscheidungsprozesse und Dynamiken zwischen dem Kabinett des Kommissars, der Generaldirektion und deren Ratgeber auch für Mitarbeiter der Kommission selber teils schwierig zu durchblicken.

11 – wobei der Kommission in dieser Phase eine Vermittlerrolle zukommt.

eine nahtlose Fortsetzung der Rahmenprogramme ermöglichte. Das von 1999–2002 aktive RP5 hat nun ein Gesamtbudget von knapp 15 Milliarden EURO und besteht aus einer komplexen Matrix aus horizontalen und vertikalen Programmteilen, die in den folgenden Abbildungen wiedergegeben sind.[12]

Abb. 1. Vertikale Programme des RP5

- **Lebensqualität und Management lebender Ressourcen**
  Lebensmittel, Ernährung, Gesundheit
  Bekämpfung von Infektionskrankheiten
  Die „Zellfabrik"
  Umwelt und Gesundheit
  Nachhaltige Land-, Fischerei- und Forstwirtschaft und integrierte Entwicklung des ländlichen Raums einschließlich von Bergregionen
  Alternde Bevölkerung und Behinderte

- **Benutzerfreundliche Informationsgesellschaft**
  Systeme und Dienste für den Bürger
  Neue Arbeitsmethoden und elektronischer Geschäftsverkehr
  Multimedia-Inhalte und -Werkzeuge
  Grundlegende Technologien und Infrastrukturen

- **Wettbewerbsorientiertes und nachhaltiges Wachstum**
  Innovative Produkte, Verfahren und Organisationsformen
  Nachhaltige Mobilität und Zusammenwirken der Verkehrsträger
  Landverkehrs- und Meerestechnologien
  Neue Perspektiven für die Luftfahrt

- **Energie, Umwelt und nachhaltige Entwicklung**
  Umwelt und nachhaltige Entwicklung
  Nachhaltige Bewirtschaftung der Wasservorräte und Wasserqualität
  Globale Veränderungen, Klima und Artenvielfalt
  Nachhaltige Ökosysteme des Meeres
  Die Stadt von morgen und kulturelles Erbe

[12] Beschluss Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22.12.1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration (1998–2002)

Energie
Umweltfreundliche Energiesysteme, einschließlich erneuerbarer Energiequellen
Wirtschaftliche und effiziente Energieversorgung für ein wettbewerbsfähiges Europa

Abb. 2. Horizontale Programme des RP5

- **Sicherung der internationalen Rolle der Gemeinschaftsforschung**

- **Förderung von Innovation und der Einbeziehung von KMU**

- **Ausbau des Potenzials an Humanressourcen für die Forschung und Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage**
  Leitaktion: Verbesserung der sozioökonomischen Wissensgrundlage

3. Beschreibung der drei Vergleichsländer

Im folgenden sollen die drei Vergleichsländer Schweden, Niederlande und Österreich kurz beschrieben werden. Das Hauptaugenmerk wird dabei auf den in der Einleitung als wichtigste Erklärungsfaktoren genannten Dimensionen liegen: dem institutionellen Setup des nationalen Innovationssystems unter spezieller Berücksichtigung von FTE- und EU-FTE-Politik, den vorfindbaren Politiknetzwerken (unter spezieller Berücksichtigung derer neokorporatistischer Ausprägungen), die der Interessenvermittlung im Fallbeispiel der Entstehung der nationalen Position zu RP5 dienen und dem Aufbau von Institutionen im Sinne von Handlungsroutinen und Normen im namentlichen Politikfeld, ein wichtiger Faktor im Hinblick auf die Dauer der EU-Mitgliedschaft.

3.1 Schweden

3.1.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft

Schweden hatte mit knapp unter 4% des BIP zu Ende der 1990er Jahre (3,8% in 1998) eine der höchsten FTE-Raten der Welt. Damit lag das Land um rund 2% über dem Schnitt der EU-Mitgliedstaaten (diese gaben 1998 1,9% ihres BIP für FTE aus).[13] Diese hohen Zahlen sind zu einem großen Teil auf die Aktivitäten der Industrie zurückzuführen, die 1999 rund 70% der FTE-Ausgaben finanziert und beinahe drei Viertel der FTE ausgeführt hatte.[14]

Wesentlich erscheint in diesem Zusammenhang, daß Schweden im Vergleich mit vielen Kleinstaaten, vor allem aber Österreich, über eine außergewöhnlich große Anzahl internationaler Konzerne mit Sitz in Schweden verfügt. Diese Firmen sind es auch, die den Großteil der FTE-Ausgaben bestreiten (die zehn größten Firmen waren Mitte der 1990er Jahre für mehr als 50% der FTE-Ausgaben verantwortlich).

Die hier angeführten ökonomischen Strukturen finden bis zu einem gewissen Grad auch eine Entsprechung in der FTE-politischen Entscheidungsfindung. 1995 waren die zehn schwedischen Firmen mit den größten FTE-Ausgaben alle unter den dreißig größten Firmen, gemessen nach Jahresumsätzen, zu finden. Es handelt sich dabei, in der Reihenfolge der Größenordnung, um ABB, Ericsson, Pharmacia&Upjohn, Volvo, Astra, Celsius, Saab, Electrolux, Telia und Scania (NUTEK 1998, 59). Von diesen Firmen sind nach Angaben des „EU-F&E-Rates“ (EU-FoU Radet), einer schwedischen Einrichtung zuständig für die Liaison mit den europäischen Institutionen im Hinblick auf FTE-Politik, fünf direkt in Brüssel durch

---

[13] Zahlenangaben aus European Commission (2000): „Towards a European Research Area – Science, Technology and Innovation: Key Figures 2000,“ Brussels.

[14] Memorandum des schwedischen Bildungsministeriums vom 22. September 1999, Angaben vom Schwedischen Statistischen Zentralbüro.

Repräsentanten vertreten. Dies sind Electrolux, Ericsson, Volvo (in Form des Zusammenschluss mehrerer Kfz-Hersteller zu „EU Car"), Scania und Telia. Die genannten Firmenvertretungen verfügen nicht nur über gute Kanäle zur Europäischen Kommission, sondern treffen in Brüssel auch regelmäßig Vertreterinnen schwedischer Organisationen, die mit der Bestimmung und Ausführung von FTE-Politik befasst sind.

Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sind in Schweden durch die relative Stärke von Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbänden gegenüber dem Staat charakterisiert. So war es auch der größte Arbeitgeberverband SAF, der 1992 die zentralen Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften abbrach. Das führte im Laufe der 1990er Jahre zu einem sektoralen Verhandlungsschema, das sich seither institutionalisert und stabilisiert hat. Auf Ebene des Staates wurden im Verlauf der 1990er Jahre die vorangegangenen krisenhaften Erscheinungen der Volkswirtschaft zu einer Reduktion der Sozialleistungen und einem graduellen Umbau des Wohlfahrtsstaates genützt. Im Bereich der Volkswirtschaft wurde die Dominanz einer Reihe von grossen Firmen durch deren verstärkte Internationalisierung gestärkt (Karlhofer/Sickinger 1999, Benner/Vad 2000, SAF 2000)

Interessanterweise scheinen diese Firmen, nach übereinstimmender Angabe aller Interviewpartnern aus wirtschaftsnahen Organisationen, ihre Interessen nur sehr unvollständig im schwedischen Meinungsbildungsprozess zum RP5 eingebracht zu haben. Dies wurde von den genannten Interviewpartnern in erster Linie auf die Kompetenzverteilung im schwedischen Innovationssystem zurückgeführt. Vergleichbar mit anderen Ländern, auch Österreich, obliegt die Koordination der EU-FTE-Bemühungen der schwedischen Regierung nämlich dem Bildungsministerium, das von den Vertreter wirtschaftsnaher Organisationen als sehr zurückhaltend gegenüber Wirtschaftsinteressen bezeichnet wurde.

3.1.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen

Tatsächlich verfügt das schwedische Bildungsministerium über zentrale Kompetenzen im Bereich FTE-Politik: Es koordiniert nicht nur die in drei- bis vier-jährigem Abstand dem nationalen Parlament vorzulegenden Gesetzesvorlagen zum Politikbereich FTE und, auf supranationaler Ebene, die Anstrengungen der schwedischen Regierung in Bezug auf die EU-FTE-Politik, sondern ist auch für die Mittelvergabe an vier der sechs bis zu Beginn des Jahres 2000 existierenden Forschungsräte (research councils) und andere Institutionen zuständig. Das Bildungsministerium vergab 1995/96 etwas weniger als die Hälfte der Ausgaben der schwedischen Regierung für FTE; im Vergleich dazu verteilten das Verteidi-

gungsministerium etwas mehr als ein Fünftel und das Wirtschaftsministerium etwas mehr als ein Zehntel der öffentlichen FTE-Mittel in Schweden.[15]

Bemerkenswert ist in jedem Fall auch die Aufgabenteilung der einzelnen Verwaltungseinheiten in Schweden, die stark an angelsächsische Modelle erinnert und Parallelen zum Aufbau des niederländischen FTE-Systems aufweist. Alle diese Systeme basieren auf dem Prinzip des „arms length government," das auch in der Strömung des „New Public Management" der 1980er und 1990er Jahre ihren Niederschlag findet. Dabei stehen – im Gegensatz zu zentraleuropäischen Systemen wie dem österreichischen, ungarischen, tschechischen oder slowenischen und französischen Systemen – kleinen zentralbürokratischen ministeriellen Einheiten eine Vielzahl verschieden dimensionierter Verwaltungseinheiten (Agencies) gegenüber, die nicht nur ausführende Funktionen, sondern, je nach Konstruktion, auch informationserhebende, verwaltende und analysierende Funktionen erfüllen. Die zentrale Koordination bleibt in diesen Modellen bei den Ministerien.

Im Fall des schwedischen FTE-Systems besteht die zentrale Einheit aus jener Abteilung des Bildungsministeriums, die für FTE-Politik zuständig ist (Abteilungspersonalstand in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zwischen zehn bis 15 Personen; Gesamtpersonal des Ministeriums rund 150 Mitarbeiter) und damit auch die EU-Agenden zu betreuen hat. Eine vergleichbare Struktur existiert auch im Wirtschaftsministerium. Die kleineren unterstützend tätigen Einheiten rund um diese Zentralstellen bestehen aus Einrichtungen mit verschiedenen Strukturen und Funktionen. Die bei weitem größte derartige Einrichtung ist NUTEK (Nationaler Schwedischer Rat für Industrie und Technologische Entwicklung), welche nicht nur die wesentlichsten nationalen und internationalen wirtschaftsnahen FTE-Programme betreut, sondern im Rahmen der schwedischen EU-FTE-Politik auch die Mehrzahl der Delegierten zu den Programmausschüssen der Forschungsrahmenprogramme stellte und stellt.[16] NUTEK hatte bei der Vorbereitung der schwedischen Position zum RP5 auch die Rolle die Interessen der Wirtschaft einzubringen. Dabei wurden in einem ersten Schritt regionale, später auch nationale Konferenzen abgehalten. Zusätzlich wurden die existierenden Netzwerke der Organisation, wie zum Beispiel die industrienahen Forschungsinstitute, verwendet, um aktiv die Interessen der Industrie zu EU-FTE-Programmen zu erkunden.

In Arbeitsbeziehung zum Bildungsministerium stehen vier Forschungsräte, die im Wesentlichen intermediäre Einrichtungen der Selbstverwaltung der Wissenschafter, vor allem aus dem akademischen Bereich, darstellen. Besonders wichtig ist im Bereich EU-FTE-Politik allerdings auch der bereits erwähnte EU-F&E-Rat (EU FoU-Radet), eine Einrichtung, die aus

---

15 Memorandum des schwedischen Bildungsministeriums, 14.01.1999.

16 Diese Ausschüsse dienen der Begleitung der Implementation der Rahmenprogramme seitens der Mitgliedstaaten.

rund einem Dutzend Personen in der Zentrale in Stockholm und der Außenstelle in Brüssel besteht und einerseits die für „Information Relay Centres“ (also die Arbeit der Informationsverarbeitung und –diffusion zur EU-FTE-Politik) typische Informationsarbeit von Brüssel und teils auch nach Brüssel und darüber hinaus auch die Koordination der schwedischen Beteiligung an den EU-Programmen leistet. In diesem Zusammenhang werden nicht nur Daten über die schwedischen Forschungsanstrengungen verwaltet, sondern auch eine Reihe von Tätigkeiten abgewickelt, die in zentraleuropäischen Verwaltungssystemen in den Bereich von Ministerien fallen würden. Ein hervorstechendes Beispiel ist die Abwicklung der Meinungsbildungskonferenzen und der Erstellung, Aussendung und Auswertung der Fragebögen und Informationsmaterialien, die alle ein Bestandteil der schwedischen Meinungsfindungsprozesse zu RP5 waren. Es handelt sich auch um diese Funktion, die den EU-F&E-Rat für die wirtschaftsnahen Organisationen umstritten macht.[17]

Auch das Arbeitsministerium, das Umweltschutz- und das Landwirtschaftsministerium verfügen jeweils über einen Forschungsrat, der über das entsprechende Ministerium finanzielle Mittel erhält, sonst aber im Wesentlichen keinen politischen Vorgaben unterliegt. Zudem verfügt auch das schwedische Außenministerium im Bereich FTE-Politik über eine unterstützende externe Struktur, die SIDA (Schwedische Internationale Entwicklungsagentur), die vor allem für die Außenbeziehungen zu Mittel- und Osteuropa sowie zu den Entwicklungsländern eine wichtige Rolle spielt.

Wie in den meisten nationalen Innovationssystemen sind auch in Schweden die Institutionen der höheren Bildung (Universitäten und Colleges) ein wesentlicher Akteur in der Meinungsbildung betreffend FTE-Politik – wenn diese auch oft nicht als geeinte Gesamtorganisation auftreten, sondern eher als Vertreter der Interessen einer bestimmten Fachrichtung oder eines bestimmten Institutes. Die Universitäten erlangen in Schweden durch den verhätnismäßig schwächer ausgeprägten öffentlichen außeruniversitären Sektor eine erhöhte Bedeutung.

Die schwedischen Forschungsstiftungen sollen eher ihrer interessanten Stellung wegen erwähnt werden: Seit einer gesetzlichen Änderung im Jahre 1994 wurden von der damaligen konservativen Regierung Gelder aus Pensionsfonds im Umfang von 30 Milliarden schwedischen Kronen (etwas weniger als 4,5 Milliarden EURO) in öffentliche unabhängige

---

[17] Dabei geht es vor allem um die Bezichtigung, der EU-F&E-Rat betreibe Politik, ohne das Pouvoir dafür zu besitzen. Eine Kontaktperson in der Organisation beschrieb die Tätigkeit des EU-F&E-Rates nach ihrem Eigenverständnis als unpolitisch. Dies, so die Person, äußerte sich auch daran, dass der Rat nach intensiven internen Diskussionen beschlossen habe, keine eigene Meinung zu Sachthemen wie etwa dem Papier zur Europäischen Forschungslandschaft der Europäischen Kommission zu äußern. Interviewpartner aus dem Bildungsministerium definierten die Tätigkeit des EU-F&E-Rates unisono als unpolitisch.

Stiftungen eingezahlt, die jährlich rund 2 Milliarden Kronen (mehr als 0,2 Milliarden EURO) ausschütten.

Folgt man dem Neoinstitutionalismus oder der Institutionenökonomie (Hollingsworth/Streeck 1994, Peters 1999, 2000, Williamson 1985), sollte auf Grund der organisatorischen Vielfalt des schwedischen FTE-Systems an sich die Begünstigung von Transaktions- und Koordinationsproblemen erwartet werden.[18] Diese scheinen aber durch mehrere Faktoren, welche die Flexibilität des Systems erhöhen, egalisiert oder doch wenigstens gelindert zu werden. Einerseits handelt es sich dabei um eine hohe Mobilität der Mitarbeiter der einzelnen Institutionen. Vor allem zwischen den Ministerien und den Institutionen im Vorfeld der Zentralbürokratie, den Forschungsräten, aber auch den „Agencies" wie NUTEK oder EU-F&E-Rat (FoU Radet) herrscht ein permanenter Austausch an Personal, der auch gefördert wird. Ein derartiger Austausch findet ebenso mit den Institutionen höherer Bildung statt und mit thematisch verwandten Organisationen wie den Forschungsstiftungen. Nach den Meinungen verschiedener Interviewpartnerinnen ist die Mobilität zwischen Firmen und Ministerien bzw. vorgelagerten Institutionen vergleichsweise geringer.[19]

Die Flexibilität des Systems wird auch dadurch vergrößert, daß die Beziehungen zwischen den einzelnen Akteuren (vor allem innerhalb bestimmter „Cluster" mit dichten Arbeitsbeziehungen, wie zum Beispiel einem Ministerium, den vorgelagerten Organisationen und deren Klientel) sehr stark vertrauensbasiert sind. Dies wirkt sich auch dergestalt aus, daß etwa der Vertreter des Bildungsministeriums in der Ständigen Vertretung Schwedens in Brüssel im Regelfall nur sehr weit gefasste Anweisungen aus Stockholm erhält, die oft weniger auf einzelne Textstellen, sondern eher auf allgemeine Verhaltensmaßregeln abstellen. Dies erscheint ein weiterer bemerkenswerter Unterschied zu den Mechanismen anderer Länder im Verhalten im Rat zu sein. Das österreichische Wissenschaftsministerium und das schwedische Wirtschaftsministerium scheinen im Vergleich dazu meist deutlich konkretere Anweisungen an die Ständige Vertretung in Brüssel schicken.[20]

---

[18] Verschiedene Institutionen basieren nach diesen Ansätzen auf je spezifischen historisch gewachsenen Normen, Werten, Regelsystemen und Unternehmenskulturen, welche die Institutionen in Struktur und Handlungsabläufen prägen. Diese Verschiedenheiten der einzelnen Institutionen werden mit zunehmender Lebensdauer der Einheiten beständig und nur schwer beeinflussbar. Die Unterschiedlichkeiten der Institutionen führen auch zu mindestens teilweisen Inkompatibilitäten.

[19] Was wiederum den Erkenntnissen von Neoinstitutionalismus und Institutionenökonomie entsprechen würde: Je unterschiedlicher die Werte und Normen, auf denen zwei verschiedene Institutionen basieren, desto unwahrscheinlicher wird ein Personalaustausch zwischen den beiden Institutionen, da die Transaktionskosten für die den Arbeitsplatz wechselnde Person mit größeren Unterschieden steigen (ein Beispiel wäre, dass die Person sich auf größere Unterschiede in der Bewertung von Verhaltensweisen – wie etwa dem Ansetzen einer individuellen Kaffeepause – einstellen müsste, die für sie aber unbekannt sind; dadurch steigt die Chance von Anpassungsproblemen, Fehlverhalten, und beruflichem Misserfolg).

[20] Aus dieser Beobachtung lässt sich aber kein Unterschied in der Art des Mandates der jeweiligen Vertreter im Sinne etwa eines Verhandlungs- versus eines Vertretungsmandates festmachen, da kein systematischer Faktor im Spiel sein, sondern eher eine personenbezogene Erklärung vorliegen dürfte. In Interviews wiesen ehemalige

Schlußendlich scheint auch wesentlich, daß die hierarchischen Elemente in den Strukturen des schwedischen FTE-Systems in Relation zur Wichtigkeit von Netzwerken, im Vergleich etwa zu zentraleuropäischen Systemen, geringer ausgeprägt sind. Dies spiegelt sich etwa in der Organisationsstruktur des Bildungsministeriums wider: Dem drei bis vier Personen großen Ministerbüro sind ein Staatssekretär für Schulfragen und eine Unterstaatssekretär für Bildung beigestellt; in der Hierarchie folgt eine Ebene der Abteilungsleiter, die durch die Ebene der Sachbearbeiter komplettiert wird. Zwar scheint es Senioritätsverhältnisse zwischen den einzelnen Mitarbeitern zu geben, diese werden jedoch nicht streng formal aufgelöst, sondern kommen eher durch die Prestigeträchtigkeit des Aufgabenbereiches zum Tragen.

3.1.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus

In Bezug auf die Koordinationsanstrengungen des schwedischen Bildungsministeriums findet die erwähnte mittel- und langfristige Perspektive, die sich vor allem in den dreijährigen FTE-Gesetzen widerspiegelt, auch eine kurzfristige Entsprechung: Mehrmals im Jahr trifft sich die interministerielle Gruppe „Kooperation FTE-Politik," in der die im Rahmen des Rates zu diskutierenden Themen zur Sprache gebracht werden. Alle mit FTE-Agenden betrauten Ministerien sind hier auf mittlerer Beamtenebene vertreten. Regelmäßig wird auch die Leiterin des EU-F&E-Rates beigezogen. Die Gruppe „Kooperation FTE-Politik" existierte als nationale Koordinationsgruppe bereits vor dem Beitritt Schwedens zur EU. Die nationale Koordinationsgruppe wurde nach dem Beitritt noch einige Jahre parallel zu einer eigenen Koordinationsgruppe zur EU-FTE-Politik geführt, dann aber auf Grund des hohen Ausmaßes an personellen Überschneidungen zwischen den beiden Gruppen zusammengelegt.

Der nationale Meinungsbildungsprozess, welcher zur schwedischen Position zu RP5 führte, verlief mehrgliedrig in dem Sinne, daß mehrere Akteure gleichzeitig agierten. Einerseits führte der EU-F&E-Rat im Auftrag des Bildungsministeriums von 1995 an eine Serie von brieflichen Befragungen und Informationskampagnen zu einzelnen wesentlichen Kommissionsdokumenten durch. Dabei wurde eine Datenbank mit rund 200 wesentlichen Institutionen aufgebaut, die bis zum Abschluss von RP5 regelmäßig informiert und um ihre Meinung gebeten wurden. Gleichzeitig wurden seitens des Bildungsministeriums selber Bemühungen unternommen, direkt mit Vertretern von Forschungsinstituten, Firmen, dem Arbeitgeberverband und den Universitäten in Kontakt zu treten.

---

und amtierende Ratsarbeitsgruppenvertreter deutliche Unterschiede in der Beurteilung ihres Handlungsspielraumes aus. Diese Varianzen waren auch innerhalb der Vertreter eines Landes feststellbar und wiesen keine Korrelationen zum Vorhandensein von Ratspräsidentschaften des eigenen Landes, persönlicher fachlicher Qualifikation oder anderen möglichen Erklärungen auf, scheinen also nicht-systematisch.

Auf Seiten der wirtschaftsnahen Institutionen führten die Arbeitgeberverbände ihre eigenen Informationskampagnen durch und suchte auch Meinungen in den nationalen Prozeß einfließen zu lassen. Dabei konnte der diesbezüglich aktive SI auch auf seine Arbeitsgruppe zu FTE-Themen zurückgreifen, die 1994 gebildet wurde und sich seither regelmäßig trifft.[21] Wie bereits erwähnt, hielt auch die Technologieagentur NUTEK regionale und nationale Konferenzen ab, beteiligte sich an den Aktionen des Bildungsministeriums und aktivierte darüber hinaus die eigenen Netzwerke zur Meinungsfindung.

Während eine Reihe von Interviewpartnern das Prozedere der Meinungsbildung als demokratisch, umfassend und generell positiv begutachtete, waren es die Vertreter der Wirtschaft, die dem Prozeß deutlich kritisch gegenüberstanden. Die Beobachtung der Interviewpartner war, daß es generell ungleich schwieriger war, Manager aus dem Wirtschaftsbereich zu mobilisieren als Vertreter aus dem Bereich der Universitäten und Forschungsinstitute. Vor allem seien die mobilisierten Manager auch über die Anzahl der Vertreter aus den außerwirtschaftlichen Sektoren und deren Übergewicht bei der Einbringung der eigenen Meinung frustriert gewesen.

Im Gegensatz zum eher positiven Feedback den Prozeß der Meinungsbildung betreffend, war die Mehrzahl der Interviewpartnerinnen hingegen über das Ergebnis des Meinungsbildungsprozesses enttäuscht. Der Hauptvorwurf seitens der wirtschaftsnahen Interviewpartner lag in der Überbetonung der Forderung nach einem eigenen sozialwissenschaftlichen Programm. Auch einige Vertreter des Bildungsministeriums sahen ein Ungleichgewicht in der Gewichtung der einzelnen schwedischen Forderungen.

Aus dem Brief von Carl Tham, dem damaligen Bildungsminister, vom 13. März 1997 an Kommissarin Cresson, und der beigelegten schwedischen Position zum RP5 geht hervor, daß Schweden zu diesem Zeitpunkt tatsächlich vier wesentliche Interessen zu vertreten suchte. Diese bezogen sich einerseits auf den Umweltbereich, in dem eine Globalperspektive eingefordert wurde, andererseits auf die holzverarbeitende Industrie, die im Bereich Forschung für den Wald eine Verbindung mit der Umweltforschung zulassen sollte, auf ein sozialwissenschaftliches Programm, das den wesentlichen sozialen Problemen Europas breiteren Raum als bisher einräumen sollte, und auf die Forschung im Bereich Transport, in dem wieder Verbindungen mit Umwelt- und sozialwissenschaftlicher Forschung möglich sein sollte. Dieses Papier stellt somit eine deutliche Verbreiterung des vorhergehenden schwedischen Positionspapiers von 12. Juni 1996 dar, dessen Inhalt der Entwurf eines

---

[21] Beim SI handelt es sich um den schwedische Industriefachverband; ein Verband, der bis März 2001 eigenständig war und dann mit dem SAF, der schwedischen Wirtschaftskammer, fusionierte. Der SAF hat vergleichsweise geringere FTE-politische Interessen. Das gleiche kann von den Gewerkschaften gesagt werden. SAF und Gewerkschaften erhalten zwar nationale Gesetzesvorlagen zur Begutachtung, werden aber im Bereich FTE in Politikfindungsprozesse anderwertig nicht eingebunden.

sozialwissenschaftlichen Programms ist, daß eine Fortsetzung des sozio-ökonomisch orientierten TSER-Programms aus dem RP4 auf breiterer Ebene war.

Tatsächlich war in Schweden die Strategie der Vertretung der nationalen Interessen im Rat aber offensichtlich sehr stark von der Persönlichkeit des Ministers Carl Tham geprägt. Nach übereinstimmender Meinung aller dazu befragten Interviewpartnerinnen handelte es sich um einen ungewöhnlich energischen Minister, der trotz eines gewissen Desinteresses an europäischer FTE-Politik gewillt war, seine Vorstellungen von der Notwendigkeit eines sozialwissenschaftlichen Programms durchzusetzen. Dabei wurden offensichtlich die anderen Forderungen, die ein Ausfluss des nationalen Meinungsbildungsprozesses gewesen waren, schrittweise aufgegeben.

3.2 Niederlande

3.2.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft

Die Niederlande besitzen, an ihrer Einwohnerzahl von rund 15 Millionen Menschen gemessen, ein sehr vielfältiges nationales Innovationssystem, das im Hinblick auf die Spezialisierung der Institutionen und der Mechanismen, die ihre Funktionsweise prägen, international gesehen überdurchschnittlich ausdifferenziert ist. Die nationalen FTE-Ausgaben, die sich in den 1980er Jahren persistent auf einem Niveau von knapp über 2% des BIP bewegten, lagen in den 1990er Jahren meist knapp bei oder unter dieser Marke (1997: 2,0%).[22] In etwa die Hälfte der FTE Ausgaben kommen aus der Industrie und etwa die Hälfte dieser Ausgaben kommen von einigen wenigen großen Firmen.

Das ist auch eine Reflexion der Wirtschaftsstruktur des Landes, in der die Klein- und Mittelunternehmen eine bedeutende Rolle spielen, aber gleichzeitig einige internationale Großkonzernen eine wenigstens teilweise niederländische Basis haben (z.B. Shell und Philips). Der seit den 1980ern unter hochentwickelten Industrienationen übliche Umbau der Wirtschaft vom primären und sekundären zum tertiären Sektor hin, hat in den Niederlanden 1997 bereits zum international gesehen hohen Dienstleistungsanteil am BIP von knapp 70% geführt.[23] Die nach Umsatz gemessen größten Sektoren nach dem Dienstleistungsbereich sind in dieser Reihenfolge die Bauwirtschaft, Elektrotechnik und Metallverarbeitung sowie der Transportsektor. Im Gegensatz dazu werden die größten FTE-Ausgaben in der Elektro-

---

[22] Zahlenangaben aus European Commission (2000): „Towards a European Research Area – Science, Technology and Innovation: Key Figures 2000," Brussels.

[23] World Bank (1999): World Development Report 1998/99, Washington, D.C., Table 12 (Structure of Output).

technik und Metallverarbeitung, in der chemischen Industrie und erst an dritter Stelle im Servicebereich getätigt.[24]

Während die Niederlande in den 1980er Jahren als ein Paradefall eines Landes mit zu großzügig dimensioniertem Sozialstaat bei gleichzeitiger Erstarrung politischer und ökonomischer Innovationsfähigkeit galten, hat das Land seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre den Nimbus eines Beispiels für eine sich erfolgreich globalisierende offene Marktwirtschaft (Karlhofer/Sickinger 1999, Reuter 2000). In den 1980er Jahren wurde vor allem die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, aber auch der mangelnde Wille zum Wettbewerb als Folge einer durch umfangreiche Aushandlungsprozesse geprägten ökonomischen und politischen Struktur kritisiert. Zu dieser eher angebotsseitigen Problematik gesellte sich die nachfrageseitige Schwierigkeit eines verhältnismäßig anspruchslosen Käuferverhaltens durch die niederländischen Konsumenten und einer starken Rolle von Klein- und Mittelunternehmen, die in erster Linie für den nationalen Markt produzierten (van der Steen 2000).

Dieses Bild kontrastiert stark mit den niedrigen Arbeitslosen- und hohen Wachstumsraten der späten 1990er Jahre, in denen die Niederlande ihre Nachbarländer unter anderem durch steigende Exportquoten ökonomisch überflügeln konnten. Zur Erklärung dieser Veränderung werden vor allem die folgenden Faktoren herangezogen: der Umbau des korporatistischen Modells, das in den 1980er Jahren auf neue – flexiblere – Beine gestellt wurde[25], in Verbindung stehend mit einer für Europa beispiellosen Flexibilisierung der Arbeitswelt und einer aktiven Arbeitsmarktpolitik (Karlhofer/Sickinger 1999, Reuter 2000).

Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sind in den Niederlanden durch verhältnismässig schwache Gewerkschaften und einen starken Staat ausgewiesen. So war es auch der Staat, der 1982 im Abkommen von Wassenaar die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen zu einer Erneuerung ihrer Zusammenarbeit bringen konnte, die nun allerdings deutlich zu Lasten der Gewerkschaften ging. Seither getroffene Vereinbarungen zwischen Staat, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen zielten immer wieder auf eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und einer Reduktion von wohlfahrtsstaatlichen Programmen (Hemerijck/Unger/Visser 2000).

---

[24] Van der Steen, M. (2000): „Technology Policy Learning in the Netherlands 1979–1997," Paper prepared for the EASST Conference, September 27th-30th 2000 at the University of Vienna, Austria.

[25] Vor allem durch die kreative Verwendung von Teilzeitarbeit und neuen Erwerbsmodellen bei gleichzeitig hoher gesamtgesellschaftlicher Akzeptanz postmaterialistischer Werte (grundsätzlich dazu Inglehart 1990).

3.2.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen

Im Hinblick auf die institutionelle Struktur des niederländischen Innovationssystems lassen sich folgende Eckpfeiler ausmachen: Einerseits verfügt das Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (MinEZ) seit 1983 über die Koordinationsfunktion in den Angelegenheiten der FTE-Politik, wobei die EU-Agenden inkludiert sind. Diese Entscheidung wurde auf höchster politischer Ebene vor dem Hintergrund länger dauernder Koordinationsschwierigkeiten getroffen und ging mit einer Restrukturierung des MinEZ einher, in dem ein noch immer existierendes Direktorat (Gruppe) für allgemeine Technologiepolitik (ATP) gegründet wurde. Dieses Direktorat wurde auch mit einer Reihe von Programmen beauftragt und hat seither die EU-Koordination übernommen.

Dieses Arrangement hat nicht zu einer sofortigen Beseitigung der Koordinationsprobleme geführt, die vor allem aus Interessenkonflikten mit dem zweiten wichtigen Akteur auf nationaler Ebene, dem Bildungsministerium (MinOCW) resultierten. Trotz gelegentlicher Versuche seitens des Bildungsministeriums, die Koordinationsfunktion wieder zu erlangen, wurde diese Konstruktion aber bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt beibehalten.

Auf zentraler Verwaltungsebene sind im Bereich FTE vor allem noch das Landwirtschaftsministerium sowie das Gesundheitsministerium zu nennen. Allen Ministerien sind Strukturen vorgelagert, die im operativen Bereich tätig sind, teils als intermediäre Financiers unabhängig Gelder für den Forschungsbereich ausschütten und in allen Fällen auch selber Forschung betreiben. Die bei weitem größten Institutionen sind hier die TNO, die Organisation für angewandte Forschung, die dem Wirtschaftsministerium, und die NWO, die vergleichbare Organisation für Grundlagen- und strategische Forschung, welche dem Bildungsministerium zugeordnet ist. Im ausführenden Bereich sind neben den beiden Organisationen und der Wirtschaft natürlich die Universitäten zu nennen, die in der niederländischen Vereinigung der Universitäten (VSNU) organisiert sind und auch die Akademie der Wissenschaften (KNAW) mit ihren Forschungsinstituten.

Gerade im Bereich der EU-FTE-Politik ist noch das „Netherlands House for Science and Technology“ (NEST) zu nennen, die Vertretung von fünf großen wissenschaftlichen Institutionen[26] in Brüssel. Die Organisation dient nicht nur als Interessenvertretung der genannten Institutionen, sondern ist auch ein wichtiger Netzwerkknotenpunkt auf nationaler Ebene, denn die NEST vorstehende Person ist einmal pro Woche in den Niederlanden, ist Mitglied der Interdepartmentalen Arbeitsgruppe (IWK; wird weiter unten behandelt) und wurde von einer Reihe von Interviewpartner als wichtige Auskunftsperson in EU-FTE-politischen Fragen angegeben.

---

[26] NEST wird von NWO, EG Liaison, KNAW, VSNU und TNO getragen.

In der Verwaltungstradition nehmen die Niederlande im internationalen Vergleich eine Mittlerposition zwischen dem Modell des „arms-length government" der angelsächsischen und teilweise auch nordischen Länder und dem durch eine starke zentrale Verwaltung ausgezeichneten zentraleuropäischen und frankophonen Modell ein. Einerseits sind die Funktionen der einzelnen den Ministerien vorgelagerten Institutionen tendenziell umfangreicher, als dies etwa im zentraleuropäischen Raum der Fall wäre, was auf eine Verwandtschaft zur angelsächsischen Tradition schließen ließe (dies wird auch in Selbstdarstellungen des MinOCW betont), andererseits wird nicht in allen Politikbereichen gleichermaßen dem dezentralen Prinzip gehuldigt. Gerade im Bereich der EU-FTE-Politik läßt sich feststellen, daß die wesentlichen Entscheidungen von den zentralen ministeriellen Akteuren getroffen wurden, die sich zwar in Rückkopplung mit den gesellschaftlichen Interessengruppen befanden, aber deren Interessen letztendlich doch in wichtigen Bereichen selber aggregierten und interpretierten. Konkret gab die IWK unter Anleitung des MinEZ (wenn auch unter wesentlicher inhaltlicher und prozeduraler Mitwirkung des MinOCW) die wesentlichen Punkte der niederländischen Position zu RP5 vor und trug diese Positionen auch in die Verhandlungen auf europäischer Ebene. Die Meinungsführerschaft der beiden zentralen Akteure schien auch mit Fortschreiten der Verhandlungen und mit der Verkürzung der nötigen Reaktionszeiten noch zu wachsen, wofür die relativ geringer werdende Bedeutung der Konsultationen mit den Referenzgruppen in den letzten Phasen der Verhandlungen um das RP5 ein Indiz ist.

Ein weiterer Hinweis für die vergleichsweise geringe Bedeutung von dezentralisierter Entscheidungsfindung und der Einbindung einer großen Zahl gesellschaftlicher Akteuren ist die Geschichte der operativen Agentur „EG Liaison" (EGL, vergleichbar dem schwedischen FoU Radet und dem noch vorzustellenden österreichischen BIT). Die EGL wurde 1983 mit dem Ziel gegründet, die niederländische Beteiligung an den damals neu geschaffenen Rahmenprogrammen zu optimieren – dieses Ziel wird nach wie vor, wie aus Gesprächen mit EGL-Mitarbeiter hervorgeht, als Kern eines als Organisationsziels definierten „Mission Statements" formuliert. Mitte der 1990er Jahre wurde EGL zunehmend mit beratenden Aufgaben im EU-FTE-politischen Bereich betraut – eine Entwicklung, die in der Änderung der rechtlichen Grundlage der Organisation gipfelte. 1996 wurde EGL von einer unabhängigen Stiftung in einen Teil der zum MinEZ gehörigen ausgelagerten Organisation („agency") Senter umgewandelt. Seit dieser Zeit wird von der Organisation ein höherer Input in politischen Fragen erwartet, der nach Angaben von Gesprächspartnern mit einer besseren Versorgung von Informationen einhergeht. Diese Veränderung gipfelte darin, daß der Leiter von EGL Mitglied der interministeriellen Arbeitsgruppe IWK ist. Mit dieser Vergrößerung der Aufgaben von EGL, die sich auch in einem deutlichen Personalwachstum niederschlug, ging auch eine Verkleinerung des Spielraumes der Organisation einher, ein Vorgang, der von den Mitarbeitern als negativ beurteilt wurde.

Trotz gewisser Unterschiede in Bezug auf vorgelagerte Institutionen liefern Größe und Aufbau der Ministerien einen weiteren Hinweis auf die Verwandtschaft der niederländischen

Verwaltungstradition mit zentraleuropäischen Ländern. Diese sind einerseits in ihrer Größe eher österreichischen denn schwedischen Organisationen vergleichbar, andererseits – und damit einhergehend – ist ihr Aufbau wesentlich stärker hierarchisiert als im schwedischen Modell. So gibt es in den Niederlanden neben einer Stabseinheit (secretary general, in Österreich Präsidialabteilung) auch leitende Beamte auf einer höchsten (director general, in Österreich Sektionschef), mittleren (director, in Österreich Gruppenleiter) und unteren Ebene (head of unit, in Österreich Abteilungsleiter). Dabei umfasst das wissenschaftspolitische Direktorat (Gruppe) im MinOCW in etwa 160 Beamte, also mehr als das gesamte schwedische Bildungsministerium.

3.2.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus

Die bereits angesprochene Koordinationsfunktion des Wirtschaftsministeriums wurde 1992 durch ein neues Instrument umgesetzt. Dabei handelt es sich um die Interdepartmentale Arbeitsgruppe (Interdepartmentale Werkgroep Kaderprogramma, IWK), die vom damals zuständigen Abteilungsleiter für internationale Kooperation im Wirtschaftsministerium gegründet wurde. Bei diesem Instrument handelt es sich um ein von allen Interviewpartnern, unabhängig von ihrer Position und institutionellen Verankerung, als erfolgreiches und von zentraler Bedeutung für die EU-FTE-Politik qualifiziertes Gremium. Die IWK, welche durch keinen formellen Beschluss legitimiert ist, ist eine Arbeitsgruppe, in der sich im Schnitt einmal pro Monat rund 25 Personen treffen, die in ihren jeweiligen Organisationen alle mit EU-FTE-Angelegenheiten betraut sind. Insgesamt stehen etwas weniger als 40 Personen auf der Einladungsliste des IWK, wobei alle vorher als relevant dargestellten Ministerien und einige der vorgelagerten Institutionen vertreten sind. Die größte Gruppe der eingeladenen Personen bilden dabei die Programmdelegierten zu den Rahmenprogrammen, das sind nationale Vertreter in Komitologie-Ausschüssen, welche die Implementation der Rahmenprogramme laufend begleiten.

Die IWK hat folgende Aufgaben:

- Formell wird im Rahmen des IWK die niederländische Position im EU-FTE-Bereich vorbereitet; weiters werden die Texte, die dem Koordinationskomitee der Regierung unter Leitung des Außenamtes zur Vorbereitung der Forschungsministerräte vorgeschlagen werden (und die dort im Regelfall direkt übernommen werden), akkordiert.

- Zudem wurde der Austausch von Informationen als besonders wichtig benannt; ein beträchtlicher Teil davon erfolgt via email; seitens des Vorsitzenden der IWK und der Sachbearbeiterin, welche für das Gremium zuständig ist, werden Informationen von der EK, den Ratsarbeitsgruppen und anderen Gremien weitergegeben, so sie für interessant erachtet werden.

- Auch werden Informationen aus den Programmkomitees ausgetauscht und weitergereicht;[27] für die Zukunft ist eine bessere Koordination mit anderen Ratsarbeitsgruppen, bzw. den diese vorbereitenden Gremien, vorgesehen.

- In dem Zusammenhang wurde auch immer wieder die – auf nationaler Ebene – netzwerkbildende Funktion der IWK unterstrichen, die durch Elemente wie ein gemeinsames Mittagessen am Ende der Veranstaltung unterstrichen wurde.

Von allen Interviewpartnern, inkludierend das MinOCW, wurde der Konsensualcharakter des IWK hervorgehoben. Trotzdem hat das den Vorsitz führende MinEZ eine Agenda-Setting und Moderationsfunktion, die nicht unterschätzt werden sollten. Gerade der hohe Grad an Flexibilität erlaubt es dem MinEZ, steuernd einzugreifen, Sitzungen nach eigener Einschätzung einzuberufen oder auch nicht, Informationen weiter zu geben oder nicht. Vor dem Hintergrund des hohen Vertrauens, das in das politische Instrument IWK gesetzt wird, werden diese diskretionären Elemente von der Vorsitzführung offensichtlich nur mit großer Vorsicht verwendet. Zudem wird darauf geachtet, die Bedeutung des Gremiums durch die ständige Infusion von Wissen, vor allem zu strategischen Bereichen und Zeiten, aktiv zu halten.[28]

Auch werden die Mitglieder des IWK – wie die der anderen wichtigen Gremien im Bereich EU-FTE-Politik – in einer eigenen Broschüre („Who is Who in RP5“) mit Anschriften, e-mail Adressen, Telefon- und Faxnummern aufgelistet. Instrumente wie diese von MinEZ herausgegebene Broschüre oder die ebenfalls durch MinEZ produzierte Zeitschrift zu EU-FTE dienen zusätzlich der Etablierung einer „Community“ von Experten, die sich durch ein Thema verbunden fühlen sollen.

Auch die Erstellung der nationalen Position zu RP5 wurde via IWK gelenkt und koordiniert. Im Gegensatz zu Österreich und Schweden wurde in den Niederlanden nur ein einziges Mal das Instrument einer großen nationalen Konferenz verwendet. 1996 wurde eine Konferenz mit etwa 100 Expertinnen aus verschiedenen Bereichen des nationalen Innovationssystems einberufen, die als Auftaktkonferenz für die Erstellung der niederländischen Position zu RP5 und den nachfolgenden Verhandlungen auf europäischer Ebene diente.

Neben der IWK waren die Fachkommissionen oder auch Referenzgruppen (klankboard-groups) das eigentlich wesentlichste Instrument zur Erstellung der nationalen Position und

---

[27] Hier wurde vor allem erwähnt, dass etwaige Bemühungen der EK sich in den einzelnen Programmkomitees aufeinander abgestimmt in strategischer Weise gegenüber den Mitgliedsländern zu verhalten, in der IWK – und nur dort – zeitgerecht erkannt würden.

[28] So wurde etwa zum Zeitpunkt der RP5-POL-Ländermission, also im Oktober 2000 (kurz nach Bekanntgabe des zweiten Papiers der Europäischen Kommission zu RP6 bzw. dem Europäischen Forschungsraum), Hendrik Tent, der stellvertretende Generaldirektor der GD Forschung, in den IWK zu einer Präsentation eingeladen.

der Rückkopplung der eigenen Entscheidungen mit den gesellschaftlichen Interessen. Bei ihnen handelte es sich um Expertinnengruppen, die im Zuge von RP3 rund um die jeweiligen Delegierten zu den Programmkomitees mit dem Ziel gebildet worden waren, den Programmdelegierten fachlichen Input zur Planung, Gestaltung und Implementation der Rahmenprogramme zu bieten.

Die Referenzgruppen unterlagen seit ihrer Gründung schon einigen Veränderungen. Während die Gruppen sich in den ersten Jahren in regelmäßigen und oft kurzen Abständen trafen und auch in ihrer Zusammensetzung fix waren, werden die Gruppen nun im Normalfall zwei Mal pro Jahr als solche einberufen, während in der Zwischenzeit öfters informelle, teils bilaterale Treffen abgehalten wurden. Zudem tauschen die Gruppen in kürzeren und unregelmäßigen Abständen Informationen zur EU-FTE Politik aus.

Das auch in Österreich teilweise verwendete Instrument der Referenzgruppen ist zwar nach der IWK das wichtigste Mittel zur Informationsgewinnung im Rahmen der Erstellung der nationalen Positionen (und teils darüber hinaus), aber es war auch das in Gesprächen bei weitem am heftigsten kritisierte. Ein Einwand lautete, daß die Gruppen oftmals Lobbyingcharakter hätten, daß sie also in erster Linie von den Experten zum eigenen Vorteil gebraucht würden. Dann wurde oft als Problem gesehen, daß sich die Stärkeren in der Gruppe durchsetzten, das wären im Regelfall also die Vertreterinnen der größeren Organisationen. Im Bereich der Wirtschaft scheint es zudem schwierig Klein- und Mittelunternehmens (KMU)-Vertreter in diese Gruppen zu bringen – ein Problem für ein Land, für das die Vertretung der KMU-Interessen ein wichtiges Anliegen ist. Der Versuch, die Interessen der KMU mittels Verbänden zu vertreten, ist ebenfalls problematisch, weil nur die kleineren Verbände ein genügendes Interesse an EU-FTE-Politik finden, um sich in Gremien wie den Referenzgruppen zu vertreten.[29] Zumindest in einigen Fällen ist auch ein Problem, daß die Programmteile, die seitens der Referenzgruppen zu betreuen wären, von großer thematischer Breite und die Interessen der Experten dementsprechend weit gestreut sind, sodass das Zustandekommen einer einheitlichen Linie oft unmöglich sei. Einer der Interviewpartner löste das Problem, indem er mehrere kleinere Gruppen zu einzelnen Programmuntergruppen bildete, die er zu verschiedenen Zeiten kontaktierte, wodurch das Wissen und Interesse der Experten besser koordinierbar wurde.

Es ist interessant, feststellen zu können, daß außer IWK und Referenzgruppen keine Instrumente durchgehend eingesetzt wurden, um zu einer nationalen Position zu finden bzw. diese durchzusetzen. Zwar wurden informelle Kontakte von Programmdelegierten wie auch den anderen im IWK vertretenen Personen zur Gewinnung und Weitergabe von Information eingesetzt, doch gab es scheinbar weder gezielte Treffen mit einer klar definierbaren Gruppe

---

[29] Die größeren Verbände, vor allem VNO-NCW, vertreten ihre Interessen bevorzugt direkt in Brüssel. Im Bereich nationale FTE-Politik ist ihre Rolle aber begrenzt, da der Staat eher mit grossen Firmen direkt in Kontakt tritt.

von Personen, wie etwa den Sozialpartnern, oder den größten Forschungseinrichtungen, sondern eher Treffen auf einer Ad-hoc-Basis.

Weiters ist interessant, daß gegenseitiges Vertrauen in der Beziehung der im IWK involvierten Personen eine wichtige Rolle spielt; diese Beziehung hat neben einem sich zu einem großen Teil aus der politischen Kultur des Landes speisenden Element[30] auch eine personenbezogene Komponente, die von einigen Gesprächspartner unterstrichen wurde.

Jenseits dieser Erklärungen für den offensichtlichen Erfolg des IWK, für den es auch eine Reihe von Beispielen im Sinne von Konfliktlösungskompetenz gibt, ist aber auch aus der Geschichte des Gremiums ersichtlich, dass es im Laufe der 1990er Jahre zunehmend besser funktionierte. So musste im Rahmen der Erstellung der nationalen Position zum RP4 der niederländische Ministerrat mit Sachmaterien aus der EU-FTE-Politik beschäftigt werden, da die Problemlösung im Rahmen des IWK nicht funktioniert hatte. In der Vorbereitung zu RP5 musste nur ein einziges Problems, das auf IWK-Ebene nicht lösbar war (die Budgetierung des Fusionsreaktorprojektes ITER), auf eine höhere Ebene getragen werden. Und auch hier genügte ein Telefonat zwischen dem Wirtschafts- und dem Bildungsminister, um zu einem Kompromiss zu finden. Zudem konnten bei der Diskussion um das RP5 fast alle Probleme bereits im Vorfeld der IWK-Sitzungen gelöst werden, was beim RP4 nicht der Fall war. Das alles lässt sich als Einrichtung einer spezifischen institutionellen Kultur interpretieren, die nicht vollkommen an bestimmte Personen gebunden zu sein scheint.

3.3 Österreich

3.3.1 Nationales Innovationssystem und Beziehungen Staat-Wirtschaft

Das österreichische Innovationssystem wird immer wieder durch ein scheinbares Paradoxon charakterisiert: bei niedrigen Inputs in FTE wurden seit dem Zweiten Weltkrieg persistent große Wohlstandsgewinne kreiert. Tatsächlich liegen die nationalen FTE-Ausgaben unter den erwartbaren diesbezüglichen Ausgaben für eine hoch entwickelte Volkswirtschaft (in den 1990er Jahren meist um 1,5%, 1998: 1,8%, wovon seitens der Wirtschaft immer rund 50% der Mittel aufgebracht wurden).[31] Dafür werden verschiedene Faktoren verantwortlich gemacht: einerseits fehlen die großen einheimischen Firmen, die etwa in Schweden und den

---

30 Vertrauen ist generell eine wichtige Kategorie in korporatistisch geprägten Systemen, wodurch sie sich stark von den betont individualistischen angelsächsischen Systemen unterscheiden; vgl. Luhmann, N. (1968): Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart; Fukuyama, F. (1995): Trust – the Social Virtues and the Creation of Prosperity, London; North, D.C. (1998): Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen.

31 Zahlenangaben aus European Commission (2000): „Towards a European Research Area – Science, Technology and Innovation: Key Figures 2000," Brussels

Niederlanden zu den Gesamtausgaben an FTE wesentlich beitragen. Die in Österreich vertretenen multinationalen Firmen haben ihre Basis im Ausland, meist in Deutschland.[32] Auch ist die österreichische Volkswirtschaft überwiegend in eher FTE-schwachen Mid-Tech Bereichen spezialisiert, etwa als Kfz-Zulieferer und in der Elektro- und Elektronikindustrie, oder im Servicebereich, in dem besonders die traditionell kompetitive, aber besonders FTE-schwache Tourismusbranche zu erwähnen ist. Dementsprechend trägt auch die Wirtschaft im internationalen Vergleich wenig zu den FTE-Ausgaben bei (Tichy 2001). Jüngste Versuche seitens der Regierung, die nationalen FTE-Ausgaben mittels Sondertöpfen („Technologiemilliarden") und speziellen Programmen zur Förderung der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaftseinrichtungen (etwa den „K-Plus Zentren") zu steigern, führten vorerst nur zu geringen Steigerungsraten (Standard 25–05–2001, Seite 1).

Die Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft sind in Österreich durch eine im internationalen Vergleich besonders intensive Form neokorporatistischer Arrangements geprägt, der Sozialpartnerschaft. Innerhalb dieser finden sich starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände einem starken Staat gegenüber. In internationalen Vergleichen werden die neokorporatistischen Politikmuster darum auch als für Österreich besonders dicht beschrieben. Allerdings unterliegen diese Arrangements einer Reihe von graduellen Veränderungen, die zu einem Einflußverlust der Sozialpartner und einer notgedrungenen Flexibilisierung ihrer Verhaltensweisen führen (Karlhofer/Talos 1999, Hemerijck/Unger/Visser 2000, Talos/Kittel 2001).

3.3.2 (EU)-FTE-Politische Strukturen

Bis zum Regierungswechsel im Jahr 2000 war der wichtigste administrative Akteur in Österreich das seit 1972 in verschiedener Form existierende Wissenschaftsministerium (BMWV). Seither hat das neu gegründete Infrastrukturministerium (BMVIT) die umfangreicheren FTE-politischen Agenden, so unter anderem die Verwaltung der drei wichtigsten Sekundärfinanciers des österreichischen Innovationssystems. Das sind einerseits der Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) und der Fonds zur Förderung der Forschung der Gewerblichen Wirtschaft (FFF) sowie der Fonds für Innovation und Technologie (ITF). Neben dem Wissenschaftsministerium hat auch das Wirtschaftsministerium wesentliche Kompetenzen im FTE Sektor an das Infrastrukturministerium abgeben müssen. Während das jetztige Bildungsministerium (BMBWK), das unter anderem aus Teilen des ehemaligen Wissenschaftsministeriums besteht, als Hauptaufgabengebiet Teile der Grundlagenforschung und die Universitäten betreut, konzentriert sich das BMwA auf die wirtschaftsnahe angewandte FTE. Wie bereits aus der vorherigen Aufzählung der Fonds zu

---

[32] Vergleiche zum Argument der Bedeutung der Heimatbasis für multinationale Konzerne und ihre FTE-Ausgaben Patel 1993, Patel/Vega 1999, Biegelbauer/Griessler/Leuthold 2001.

erwarten wäre, umfassen die Kompetenzen des BMVIT aber wichtige Teile beider Bereiche, Grundlagen wie auch wirtschaftsnaher Forschung.

Im institutionellen Setup des Nationalen Innovationssystems ist die Rolle der Universitäten gesondert hervorzuheben, da sie nicht nur die wichtigsten Grundlagenforschung betreibenden Einrichtungen, sondern auch wesentliche Einrichtungen im Bereich der angewandten Forschung sind. Dies liegt nicht nur an den diesbezüglichen Bemühungen der Universitäten, sondern auch an der Schwäche des außeruniversitären Sektors in Österreich. Dieser wird von der Akademie der Wissenschaften auf der Seite der universitätsnahen Forschungseinrichtungen und vom Forschungszentrum Seibersdorf, Arsenal Research und Joanneum auf der Seite der wirtschaftsnahen Einrichtungen geprägt. Für den Bereich der Beteiligungen an den Rahmenprogrammen sind die Letzteren und eine Reihe von kleinen außeruniversitären Instituten besonders wichtig.

Generell ist die Struktur der österreichischen Bundesverwaltung in zentraleuropäischer Tradition stark hierarchisch und von einem stark zentralisierten Zugang ausgehend. Dies äußert sich in der Größe der eben besprochenen Bundesministerien, in der starken Rolle der Bundes- gegenüber der Länderverwaltungen und in der geringen Anzahl intermediärer Institutionen. Neben den angeführten Sekundärfinanciers, die den Großteil ihrer Mittel aus dem Bundeshaushalt beziehen, wäre als intermediäre Organisation im Bereich FTE-Politik vor allem das Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperationen (BIT) anzuführen. Das BIT deckt mehr Servicefunktionen, von der Betreuung von FTE-Programmantragstellern bis zur Politikberatung, als die niederländische EGL und der schwedische EU-FoU Radet ab und ist auch deutlich größer. [33]

3.3.3 Interessenvermittlung, Politiknetzwerke und Neokorporatismus

Im Bereich EU-FTE-Politik war im Beobachtungszeitraum von 1995–1998 das Wissenschaftsministerium federführend. Im Versuch die Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen und politisch-administrativen Akteure einzubinden, kamen dabei bei der Politikfindung zu RP5 einige Instrumentarien zum Einsatz. Einerseits wurden eine Reihe von Entwürfen zur Formulierung einer nationalen Grundsatzposition zu RP5 formuliert und immer wieder nach einer weiteren Überarbeitungsrunde an einen umfangreichen Adressatenkreis von insgesamt mehreren hundert Akteuren ausgesendet. Diese Grundsatzposition wurde, nach Veröffentlichung der endgültigen Fassung des Kommissionspapiers „Die Zukunft gestalten“ im Sommer 1996, zu einer umfassenden österreichischen Reaktion auf das Papier der Kommission letzterer übermittelt. Im Herbst 1996 begann dann die Arbeit am österreichischen Strategiepapier, in dem es um die Möglichkeiten der Durchsetzung der

---

[33] Seit Ende der 1990er Jahre bewegt sich die Organisation rund um die 50-Personen Marke. Im Vergleich dazu bestand im gleichen Zeitraum die EGL aus 30–40 und der EU-FoU Radet aus 10–15 Personen

nationalen Grundsatzposition in den nachfolgenden Verhandlungen des Rates ging und die im März 1997 im Wesentlichen mit Erstellung des Papiers abgeschlossen wurde.

Begleitet wurde die Erstellung der beiden Papiere durch eine Serie von sieben großen vom Wissenschaftsministerium veranstalteten nationalen Workshops mit insgesamt einigen hundert eingeladenen Expertinnen, die der Informationsweitergabe seitens des Ministeriums, aber auch der Abtestung der gefundenen Positionen diente.

Zu den schriftlichen Aussendungen der Entwürfe zu Grundsatzpositionen und Strategiepapieren und den großen Workshops kam es auch zu direkten Kontakten seitens Vertretern des Ministeriums mit Vertretern aus Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft. Während letztere Aktivitäten nur punktuell nachvollziehbar sind, können die schriftlichen Stellungnahmen der angeschriebenen Experten zu den Entwürfen der ministeriellen Papiere einer weiteren Analyse unterzogen werden.

Bei näherer Betrachtung ist feststellbar, dass von den Sozialpartnern 8 Eingaben von der Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ) und 6 Stellungnahmen von der Arbeiterkammer (AK) gekommen sind. Im Bereich der Eingaben der Industrie waren besonders die Sektoren Eisen und Stahl, Elektro- und Elektronikindustrie vertreten. Aus dem Bereich der ehemals verstaatlichten Eisen- und Stahlindustrie, namentlich VOEST, VAI und VA Tech, stammten 9 Eingaben, die auch oft mit Stellungnahmen der European Federation of Iron and Steel Industries (EUROFER) versehen waren. Vom Fachverband für Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI) der WKÖ wurden 6 Stellungnahmen registriert.

Die Involvierung eben dieser Akteure ist nicht weiter verwunderlich, da gerade WKÖ, Industriellenvereinigung (IV) und FEEI parallel zu den umfangreichen Bemühungen des BMWV um eine Vermittlung der Interessen der eigenen Klientel bemüht waren, die dann in einem zweiten Schritt dem Ministerium zur Kenntnis gebracht wurden. Dabei handelte es sich vor allem um die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), die im Rahmen ihrer Sektion Industrie die Meinungen ihrer Mitglieder einholte. Hier kamen in erster Linie die großen Unternehmungen, die bereits aus anderen Veranstaltungen im Bereich FTE bekannt waren, zum Zug.

Ein wichtiges Instrument der Sektion Industrie ist die „Arbeitsgruppe Forschungspolitik," in der sich im Schnitt mehrmals im Jahr anlassbezogen rund 20 Entscheidungsträgerinnen aus dem Bereich der Fachverbände und der Industrie treffen, um forschungspolitische Themen zu besprechen. Besonders aktiv war in dieser Hinsicht auch der Fachverband für Elektro- und Elektronikindustrie (FEEI), die Vertretung jener österreichischen Branche, die im Bereich industrieller FTE besonders engagiert ist. Auch der FEEI verfügt über eine eigene Arbeitsgruppe zum Thema FTE. Diese Strukturen werden unter bedeutender personeller Überschneidung durch den bezüglich Meinungsbildung zum RP5 ebenfalls tätigen FTE-Arbeitskreis der Industriellenvereinigung (IV) ergänzt. Im Rahmen dieses Arbeitskreises treffen sich

im Schnitt einmal pro Monat rund 30 Experten. In allen drei genannten Arbeitskreisen werden EU-FTE-politische Themen diskutiert.

Die Bedeutung der genannten drei Arbeitskreise transzendiert die Rolle der Arbeitgebervertretungen auch auf eine andere Ebene und vor allem jenseits der 8 vorher erwähnten schriftlichen Stellungnahmen. Tatsächlich ist die Arbeit der Interessenvertreter im Bereich der Arbeitskreise und durch die informellen Kontakten zu Firmen, im Rahmen derer eine Vermittlung von Information und Interessen stattfinden, wahrscheinlich als wenigstens ebenso wichtig einzuschätzen als das Verfassen der erwähnten Stellungnahmen. Hier scheint auch bis zu einem gewissen Grad eine Form der Interessenakkordierung stattgefunden zu haben, welche die Meinungen der einzelnen Akteure aus dem Wirtschaftsbereich zum RP5 formten.

Die wesentliche Koordinationsarbeit all dieser Stellungnahmen wurde, wie bereits erwähnt, vom BMWV – und hier an zentraler Stelle durch die EU-Koordinationsabteilung – geleistet, das auch die Koordination der einzelnen Fachministerien übernommen hatte. Diese Arbeit wurde in informellen Kontakten und im sich regelmäßig treffenden Programme Management Club (PMC, mittlerweile Europaforum Forschung) geleistet. In diesem dem niederländischen IWK in Form, weniger jedoch in Funktion, ähnlichen Gremium wurden Informationen zu EU-FTE Politik ausgetauscht. In erster Linie waren im PMC Vertreter der Bundesministerien und der Sozialpartner inkludiert.

4. Vergleich der drei Länder in Bezug auf (EU)-FTE-Politik

Wie aus der Beschreibung Schwedens, der Niederlande und Österreichs hervorgeht, unterscheiden sich die drei Länder im Hinblick auf die Organisation ihrer EU-Forschungs- und technologischen Entwicklungspolitik (EU-FTE-Politik) in verschiedenster Hinsicht. Das ist insofern von Bedeutung, als, wie eingangs erwähnt, die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen der drei Länder eine Reihe von Gemeinsamkeiten aufweisen, etwa in Bezug auf ihre EU-Mitgliedschaft, die Organisation der Beziehungen des Staates zur Wirtschaft (und vor allem zu Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen), ebenso wie die Einkommensstrukturen, die BIP/Kopf-Werte, die wirtschaftliche Offenheit der Länder und die Größenordnung der Anzahl der Einwohner. In diesem Abschnitt sollen die drei Länder einer vergleichenden Analyse unterzogen werden, in der zuerst einige besonders relevant erscheinende Themenbereiche aus der Struktur der nationalen Innovationssysteme untersucht werden, dann einige Dimensionen des Verhältnisses von Staat und Wirtschaft, vor allem in Bezug auf die spezifische Ausprägung der typischen nationalen neokorporatistischen Politikarrangements im Bereich FTE-Politik. Schlußendlich sollen die Strukturen der EU-FTE-Politik in Bezug auf die Politikfindung zu RP5 einer vergleichenden Analyse zugeführt werden, unter besonderer Berücksichtigung neokorporatistischer Interessenvermittlungsmuster im Rahmen der vorfindbaren Politiknetzwerke.

4.1 Nationale Innovationssysteme

Aus einem Vergleich der drei nationalen Innovationssysteme läßt sich folgendes Bild gewinnen. Während in Schweden eine Reihe von national basierten multinationalen Konzernen das Innovationssystem dominieren, sind diese in den Niederlanden einerseits weniger klar national basiert, andererseits gibt es im Land eine kleinere Anzahl multinationaler Konzerne. In Österreich fehlen diese komplett, dementsprechend kommt auch ein großer Teil der industriellen FTE-Leistung von ausländischen Konzernen, von denen aber erwartet werden kann, daß sie weniger in FTE investieren, als sie das im Normalfall im Land ihrer nationalen Basis tun.[34]

Auf Ebene der Forschungseinrichtungen besitzen die Niederlande das im Hinblick auf die Anzahl der institutionellen Lösungen ausdifferenzierteste Innovationssystem, mit einer gleichmäßigen Verteilung universitärer und außeruniversitärer Institutionen. In Schweden spielen die Universitäten eine stärkere Rolle, in Österreich dominieren die Universitäten klar im nationalen Innovationssystem, das überdies auch am insgesamt schwächsten aus-

[34] Vergleiche zum Argument der Bedeutung der Heimatbasis für multinationale Konzerne und ihre FTE-Ausgaben Patel 1993, Patel/Vega 1999, Biegelbauer/Griessler/Leuthold 2001.

differenziert ist. Dies gilt auch für die intermediären Institutionen, die in den Niederlanden und Schweden sehr vielfältig und wichtig sind, während sie in Österreich in Anzahl und Funktionsbreite weniger bedeutsam erscheinen. Allerdings wurden im Lauf der 1990er Jahre einige Institutionen gegründet, die Rollen übernahmen, welche vorher die verschiedene Bundesministerien inne hatten – etwa im Bereich der Technologieberatung und –förderung oder der internationalen wissenschaftlichen und technologischen Kooperationen.

In bezug auf die Finanzierung des Innovationssystems läßt sich feststellen, daß in Schweden pro Kopf als auch in Relation zum BIP die meisten Gelder für die Forschung bereitgestellt sind – in Bezug auf den gesamten Querschnitt der FTE-Ausgaben, aber auch auf die einzelnen Kategorien – wodurch der Druck auf internationale Quellen auszuweichen für schwedische Forschungseinrichtungen relativ gering ist. In den Niederlanden ist dies prinzipiell ähnlich, wenn auch auf einem niedrigeren Niveau. In Österreich sind die Forschungsmittel am knappsten, wobei allerdings die Situation der außeruniversitären Forschungsinstitutionen, namentlich der kleinen und mittleren, noch schlechter als die der Universitäten ist.[35] Letztere standen bis vor kurzem in Abwesenheit von Evaluationen unter einem grossen Druck bezüglich der Lehre, aber unter einem relativ geringen Druck Drittmittel einzuwerben. Dies erklärt auch den überproportionalen Anteil von kleinen und mittleren außeruniversitären Forschungsinstituten an den RP-Projektbeteiligungen in Österreich (PROVISO 2001).

4.2 Beziehungen von Staat und Wirtschaft

Bezüglich der allgemeinen Organisation der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft lassen sich folgende Beobachtungen durchführen. Alle drei Länder sind stark durch neokorporatistische Politikarrangements geprägt, wobei sich allerdings im Detail einige Unterschiede offenbaren. Das neokorporatistische System in Schweden unterlag in den frühen 1990er Jahren einem drastischen Einschnitt, als seitens der wichtigsten Arbeitgebervertretung (Svenska Arbetsgivareföreningen, SAF) die zentralen Tarifverhandlungen, die auf Grund ihrer gesamtgesellschaftliche Bedeutung als Herzstück neokorporatistischer Politikmuster angesehen werden können, beendet wurden. Dieses scheinbar zusammengebrochene neokorporatistische Verhandlungssystem lebte allerdings in einer nun flexibleren Form Mitte der 1990er Jahre auf Ebene sektoraler Verhandlungen wieder auf und hat sich seither stabilisiert. So ist auch in Schweden der Organisationsgrad seitens der Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen im wesentlichen auf einem hohen Niveau stabil (Schmitter/Grote 1997, Karlhofer/Sickinger 1999, Benner/Vad 2000, SAF 2000).

---

[35] Aktuell zu statistischen Beschreibungen der Entwicklungen der EU-Mitgliedsländer, European Commission 2000.

In den Niederlanden war die Krise des neokorporatistischen Modells bereits in den 1980er Jahren überwunden worden. Auch dort kam es zu einer Dezentralisierung und Flexibilisierung der Tarifverhandlungen und zu einem teilweise Rückzug der neokorporatistischen Verhandlungsmuster, wobei in den Niederlanden der Staat der Auslöser der Neuorientierung der Arrangements war (Schmitter/Grote 1997, Karlhofer/Sickinger 1999, Hemerijck / Unger / Visser 2000, Reuter 2000).

In Österreich war die Wandlung des neokorporatistischen Modells der Sozialpartnerschaft nicht mit einem einschneidenden Ereignis verbunden[36] und passierte eher schleichend. Mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch den pragmatischen ehemaligen Bankdirektoren Franz Vranitzky Mitte der 1980er Jahre und der endgültigen Aufgabe der austrokeynesianistischen Wirtschaftspolitik kam es zu einem tendenziellen Bedeutungsverlust der Sozialpartnerschaft, der sich nicht in allen Bereichen gleich auswirkte und auch erst über einen längeren Zeitraum hinweg spürbar wurde (Karlhofer/Talos 1996, Karlhofer/Talos 1999, Kittel 2000, Hemerijck/Unger/Visser 2000, Talos/Kittel 1999 und 2001).

4.3 Strukturen der EU-FTE-Politik

Wie im folgenden gezeigt werden soll, unterlagen auch die Interessenvermittlungsmuster in den FTE-Politiken der drei Länder teils vergleichbaren Veränderungen. Im Bereich EU-FTE Politik sind, wie weiter hinten ausgeführt werden wird, die beobachtbaren Veränderungen allerdings nicht im Einklang mit den Politikmustern in anderen Politikfeldern verlaufen. In der folgenden Abbildung sollen in einem ersten Blick auf die Strukturen der EU-FTE Politik die Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten in Bezug auf eine Reihe von Eckdaten zusammengefasst werden.

---

[36] Sieht man von der Regierungsbildung der im Amt befindlichen ÖVP-FPÖ Koalition im Jahr 2000 ab, also nach dem Ende des eigentlichen Beobachtungszeitraums dieser Arbeit, in der die FPÖ über keinerlei traditionelle Anbindung zur Sozialpartnerschaft verfügt und jener ablehnend gegenüber steht. Im Bereich FTE-Politik ist etwa auffällig, daß das BMVIT, mit einer FPÖ-Ministerin an der Spitze, Sozialpartner nicht an Politikfindungsprozessen beteiligt, während das BMBWK, mit einer ÖVP-Ministerin, das schon tut. Ähnliche Muster scheinen auch in anderen Politikfeldern auffällig. Für eine Bewertung der langfristigen Auswirkungen der Koalitionsregierung auf die Sozialpartnerschaft ist es aber jedenfalls noch zu früh.

Abb. 3 Vergleich Strukturen der EU-FTE Politik in Österreich, Schweden, Niederlande (1995–1998)

	Österreich	**Schweden**	**Niederlande**
Federführendes Ministerium EU-FTE-Politik	Wissenschaftsministerium (BMWV)	Bildungsministerium	Wirtschaftsministerium (MinEZ)
Andere wichtige Ministerien	Wirtschaftsministerium (BMwA), Bundeskanzleramt (BKA)	Wirtschaftsministerium (Näringsdepartementet)	Bildungsministerium (MinOCW)
Institutionalisierte politische Koordination EU-FTE – nationale Ebene	Programm Management Club (PMC)	Rat Kooperation FTE- Politik	Interdepartementale Werkgroep Kaderprogramma (IWK)
Allgemeine Verwaltungstradition unter spezieller Berücksichtigung der FTE-Politik	Umfangreiche hochspezialisierte Zentralverwaltung (mit langsam wachsender Auslagerungstendenz)	Stark dezentralisierte Verwaltung angelsächsischer Tradition	Umfangreiche Zentralverwaltung mit deutlichen ausgelagerten Elementen (und leichter Tendenz zur Rezentralisierung)
Direkt EU-FTE zugeordnete außerministerielle Institution	Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperationen (BIT, eigenständig, vergleichsweise stark serviceorientiert, groß)	EU FoU Radet (eigenständig, relativ breites Portfolio an Funktionen, klein)	EG Liaison (Teil von MinEZ-zugehöriger Technologie-Agentur Senter, groß)
Intensität zentraler Koordination EU-FTE-Politik	Mittel, mittels EU-Koordinationsabteilung	Mittel, in der Person des Ministers Carl Tham sehr hoch	Hoch, durch IWK und auch MinOCW

Ein erster Unterschied erschließt sich der Betrachterin bereits aus der Tatsache, daß die federführenden Ministerien in zwei Fällen (Österreich, Schweden) die Wissenschafts / Bildungsministerien sind, in einem Fall (Niederlande) das Wirtschaftsministerium, wenn auch unter starker Beteiligung des dortigen Bildungsministeriums. Die Wichtigkeit anderer ministerieller Akteure schwankt in den drei Ländern: In Österreich hat das BKA die Agenden für Euratom über, das BMwA hat in einigen Fällen sein Interesse an einigen Themenschwerpunkten erkennen lassen. und seit der Gründung des BMVIT im Jahr 2000 ist dieses, auf Grund seiner umfangreichen forschungs- und technologiepolitischen Kompetenzen, ein

besonders wichtiger Akteur[37] In Schweden ist das Wirtschaftsministerium ein im Hinblick auf seine Funktionen und Ressourcen an sich wichtiger Akteur, konnte sich aber im Lauf der Vorbereitung des RP5 nach einhelligen Angaben aller Interviewpartner nur unter Schwierigkeiten in den Meinungsfindungsprozess einbringen. In den Niederlanden hat das Wirtschaftsministerium die umfangreichsten formellen Kompetenzen und auch das tatsächliche Management der FTE- und der EU-FTE-Politik über, wird allerdings vom inhaltlich sehr aktiven Bildungsministerium unterstützt. Zusätzlich spielen in allen Ländern die Landwirtschaftsministerien, traditionell mit eigenen Forschungseinrichtungen versehen, eine eingeschränkte Rolle in der EU-FTE-politischen Meinungsbildung. Generell ist die Länderebene in den drei Vergleichsländern im Bereich nationaler, wie auch EU-FTE-Politik, faktisch unbedeutend.

Die Institutionen nationaler EU-FTE-politischer Koordination sind auf den ersten Blick sehr ähnlich – in allen Fällen handelt es sich um vorwiegend interministerielle Organe mit externen Experten – offenbaren aber bei genauerem Hinsehen doch eine Reihe von Unterschieden. So war der österreichische Programm Management Club (PMC) einerseits aus der vorwiegend sozialpartnerschaftlich und ministeriell besetzten Gruppe zur Vorbereitung des EU-Beitrittes Österreichs im Politikbereich Innovationspolitik entstanden. Dementsprechend sind auch von Beginn an die Sozialpartner in diesem Gremium stark vertreten gewesen, das im Lauf der Vorbereitung von RP5 vor allem dem Austausch von Information bezüglich EU-FTE-Politik diente.[38]

In Schweden war der Rat „Kooperation FTE-Politik“ im Gefolge des schwedischen EU-Beitrittes vorerst unter dem Namen „Kooperation internationale FTE-Politik“ auf die Planung der EU-FTE-Politik ausgerichtet. Da die zuständige Abteilung auch allgemeine FTE-politische Agenden innehat, wurde später der Rat, auch auf Grund der größtenteils identischen Zusammensetzung der beiden Gremien, mit dem Rat „Kooperation nationale FTE-Politik“ zusammengelegt. Er dient eigentlich der Koordination der FTE-Politik zwischen den Ressorts. Es werden allerdings auch einzelne Experten aus anderen Institutionen beigezogen. In Bezug auf die Verbände handelt es sich dabei vor allem um den im Politikfeld aktiven SI.[39] Das Gremium hatte im Rahmen der nationalen Politikfindung zu RP5 allerdings nur einen beschränkten Wirkungsradius, vor allem wegen der Person des damaligen Ministers Carl Tham. Dieser verwirklichte größtenteils seine eigenen Vorstellungen zu EU-FTE-Politik und drängte alle politischen Akteure, inkludierend den Rat „Kooperation FTE-

---

37 Seit der Gründung des BMVIT im Jahr 2000 ist dieses, auf Grund seiner umfangreichen forschungs- und technologiepolitischen Kompetenzen, ein besonders wichtiger Akteur in der EU-FTE-Politik.

38 Der PMC durchlief vor dem Hintergrund dieser spezifischen Ausrichtung auch eine deutliche Expansion; an den Sitzungen des PMC-Nachfolgers Europaforum Forschung (EFF) nahmen im Jahr 2000 bereits bis zu 90 Personen teil.

39 Svensk Industriforbundet, SI, das schwedische Gegenstück zur österreichischen Industriellenvereinigung.

Politik“ damit an den Rand des nationalen politischen Prozesses. Der Rat ist verhältnismäßig klein und umfasst rund 30 Mitglieder, bei Sitzungen sind rund 20 Personen anwesend.

Die niederländische Arbeitsgruppe IWK (Interdepartementale Werkgroep Kaderprogramma) ist von einer dem schwedischen Rat „Kooperation FTE-Politik“ vergleichbarer Größe. Sie inkludiert die 30 wichtigsten Entscheidungsträger der einzelnen Ministerien und Expertinnen, die meist mit den Programmdelegierten identisch sind. Sozialpartner oder Interessenvertreter aus der Wirtschaft finden sich im IWK nicht; allerdings sind diese auf niederigerer Ebene, nämlich in den Fachkommissionen der Programmdelegierten, eingebunden. Der IWK hat im Vergleich die größte Anzahl an Funktionen und dient nicht nur der Information und der Koordination wie die beiden vergleichbaren Institutionen in Österreich und Schweden, sondern teils auch der, meist konsensualen, Entscheidungsfindung.

Auch in anderer Hinsicht unterscheiden sich die Strukturen der EU-FTE-Politik teils sehr deutlich. Die direkt der nationalen EU-FTE-Politik zugeordneten außerministeriellen Institutionen sind in unterschiedlichem Maße eigenständig, wobei der schwedische EU FoU Radet und das österreichische BIT (Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperation) deutlich eigenständiger operieren als die niederländische EG Liaison (EGL), die über die vorwiegend im Technologiebereich arbeitende Agentur Senter dem Wirtschaftsministerium zugehörig ist. Die schwedische Organisation ist mit 13 Mitarbeitern die deutlich kleinste, die aber gleichzeitig das größte Portfolio an Funktionen in Bezug auf EU-FTE-Politik-spezifische Entscheidungsfindung ausfüllt. Neben den auch für BIT und EGL üblichen Monitoring-, Analyse- und Beratungstätigkeiten werden vom FoU Radet etwa auch die Einholung, Aggregation und Analyse der Meinungen der nationalen Interessengruppen im Hinblick auf die Bildung einer nationalen Position zu den Rahmenprogrammen durchgeführt.

Interessant ist schließlich auch, daß die EU-FTE-Politik-spezifischen Koordinationsleistungen auf nationaler Ebene von den zuständigen ministeriellen Abteilungen in verschiedener Intensität durchgeführt werden. Während die Koordination in den Niederlanden mit dem Instrument des IWK seitens des Wirtschaftsministeriums, aber auch geprägt durch die starke Eigenleistung des Bildungsministeriums, besonders intensiv ausfällt, ist diese in Österreich und Schweden jeweils vergleichsweise weniger stark ausgeprägt. Tatsächlich geht aus den Informationen über die nationalen Entscheidungsfindungsprozesse zu RP5 hervor, das einerseits die am Prozeß der Meinungsfindung zu RP5 auf nationaler Ebene eingebundenen Interessengruppen in den Niederlanden stärker koordiniert, bzw. die Meinungsfindungsprozesse stärker vorstrukturiert werden. Andererseits werden nach Selbsteinschätzung der Interviewpartner auch die einzelnen Ebenen der nationalen Interessenvertretung in den europäischen Institutionen stärker koordiniert.

Hier läßt sich eine Korrelation mit der Anzahl der zur Diskussion eingeladenen Interessenvertreter erkennen: Diese war in den Niederlanden relativ niedrig und in Österreich und Schweden ungleich höher. Da mit steigender Anzahl der zu vertretenden Interessen der

Koordinationsaufwand rasch steigt, hätte er in Österreich und Schweden also besonders umfangreich sein müssen – was nicht der Fall war. Wie in so einem Fall zu vermuten gewesen wäre, war gerade in Österreich der Prozeß der Findung einer nationalen Position relativ schwierig.[40]

4.4 Einbindung von Interessengruppen

Ein zusätzlicher wesentlicher Punkt des Vergleiches der drei Länder in Bezug auf die Entscheidungsfindung zu EU-FTE-politischen Agenden ist die unterschiedliche Einbindung der Interessengruppen. Einige diesbezügliche Faktoren werden in der nächsten Abbildung verglichen.

Abb. 4 Vergleich Einbindung Interessengruppen bei der Entstehung der nationalen Position zu RP5: Österreich, Schweden, Niederlande (1995–1998)

	Österreich	**Schweden**	**Niederlande**
Institutionalisierte Kontakte Interessengruppen-Programmdelegierte	Fachkommissionen, divers in Funktion und Aufbau	FoU Radet, informelle Netzwerke	Fachkommissionen (Klankboard Groups)
Koordination der Einbindung von Interessengruppen in die Entstehung der nationalen Position zu RP5	EU-Koordinationsabteilung BMWV/K	FoU Radet	IWK, teils via Extensionen wie den Klankboard Groups
Grad der Einbindung von Interessengruppen in die Entstehung der nationalen Position zu RP5	Hoch durch umfangreichen Prozeß (Aussendungen, Symposien)	Hoch, aber durch die Person Minister Thams letztendlich eingeschränkt	Niedrig, aufgrund strikter Auswahl
Einbindung Firmen	Wenige direkt und regelmäßig, einige wiederkehrend, weitere in Fachkommissionen	Multinationale Konzerne teilweise direkt, andere indirekt	Nur auf Ebene der Fachkommissionen
Einbindung Verbände	Arbeitgeber (bevorzugt: via Workshops, PMC, Direktkontakte) und Arbeitnehmer	Arbeitgeber	Arbeitgeber teilweise auf Ebene der Fachkommissionen
Einbindung Forschungseinrichtungen	Auf mehreren Ebenen	Auf mehreren Ebenen	Auf Ebene der Fachkommissionen

[40] Schweden ist hier, auf Grund des vergleichsweise starken Führungsstils von Minister Tham, nur teilweise mit den anderen beiden Ländern – in denen die zuständigen Minister kooperativer agierten – vergleichbar.

Die Einbindung gesellschaftlicher Interessen in die Entscheidungsfindung in den drei Ländern war wiederum in verschiedener Hinsicht unterschiedlich. Die institutionalisierten Kontakte liefen in Österreich neben den großen Workshops des BMWV vor allem über die Fachkommissionen, die allerdings, abhängig vom jeweiligen Programmbereich, sehr unterschiedlich in Größe, Zusammensetzung und Funktion waren. Die Fachkommissionen hatten in den Niederlanden eine relativ größere Bedeutung, wobei auch dort eine, wenn auch kleinere, Diversifikation nach Größe und Zusammensetzung feststellbar war. In Schweden wurde die Aggregierung gesellschaftlicher Interessen neben einer Reihe von nationalen und regionalen Veranstaltungen vor allem durch die formellen Aussendungen und informellen Netzwerke des FoU Radet und auch der Schwedischen Technologieagentur NUTEK geleistet.

Die Gesamt-Koordination der Einbindung der nationalen Interessen geschah in Österreich über die EU-Koordinationsabteilung des Wissenschaftsministeriums. In den Niederlanden wurde die Transformation und Koordination der Interessen vor allem über den IWK, unter Anleitung von Wirtschafts- und Bildungsministerium, geleitet. In Schweden lag die stärkste Transformationsleistung bei den vorgelagerten Institutionen, vor allem beim FoU Radet, aber auch bei NUTEK.

Bei der Einbeziehung der gesellschaftlichen Interessen waren die Bemühungen der mit dieser Arbeit betrauten Institutionen unterschiedlich intensiv. In Österreich war der Prozeß sehr umfassend und von der Bemühung getragen, die Interessen möglichst breiter Gruppen aus Wirtschaft und Wissenschaft einzubeziehen. Auch wurde der Versuch unternommen die Meinung all dieser beteiligten Organisationen möglichst umfassend und gleichzeitig ungefiltert in die nationale Stellungnahme einzubringen. In Schweden war der Prozeß ähnlich breit angelegt. Wie bereits erwähnt, war in den Niederlanden eine wesentlich kleinere Anzahl an Interessengruppen bei der Entscheidungsfindung inkludiert und der Prozeß war insgesamt wesentlich stärker (durch das MinEZ) moderiert als in den anderen beiden Ländern.

Bezogen auf die verschiedenen gesellschaftlichen Interessen wurden in Österreich einige wenige große Firmen, vor allem Siemens Österreich und Böhler-Uddeholm, direkt, auf verschiedenen Ebenen und vor allem kontinuierlich in die Politikfindungsprozesse eingebunden. Beide Firmen hatten je einen Experten aus dem Bereich des mittleren Managements für diese und andere vergleichbare Tätigkeiten abgestellt. Eine begrenzte Anzahl von Firmen hatte die Möglichkeit sich in den Fachkommissionen einzubringen, während ein größerer Kreis von Vertretern der Wirtschaft die Gelegenheit erhielt sich mittels schriftlicher Stellungnahmen und in den großen Workshops des Wissenschaftsministeriums zum RP5 zu äußern. In Schweden wurden einige multinationale Konzerne direkt eingebunden, allerdings

in einem weniger kontinuierlichen Prozeß. Eine größere Anzahl von Firmen wurde im Rahmen der schriftlichen Aussendungen um ihre Stellungnahme gefragt. In den Niederlanden hatten die Firmen nur auf Ebene der Fachkommissionen die Gelegenheit sich in den Diskussionsprozeß einzuschalten. Dies war eine verhältnismäßig niederwertigere Möglichkeit als in den beiden anderen Ländern – und vor allem scheinbar die einzige Zugangsmöglichkeit auf nationaler Ebene zum RP5 Stellung zu nehmen.

Die Forschungseinrichtungen hatten in Österreich und Schweden auf Ebene der schriftlichen Aussendungen, in den nationalen Workshops und in Österreich auch in den Fachkommissionen die Möglichkeit Stellungnahmen abzugeben. In den Niederlanden erhielten nur einige von ihnen auf Ebene der Fachkommissionen Zugang zum Politikfindungsprozeß um RP5.

Weitaus differenzierter war die Situation für die Verbände. In Österreich hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände gleichermaßen die Möglichkeit der Interessenäußerung erhalten. Dabei wurden die Arbeitgeberverbände im Vergleich zu allen anderen Interessenvertretungen bevorzugt behandelt: sie wurden im Wesentlichen zu allen Kontaktmöglichkeiten eingeladen, zu den nationalen Workshops, zu den PMCs (die an sich in erster Linie der interministeriellen Koordination dienen sollten), zu Direktkontakten und auch zu schriftlichen Stellungnahmen. In Schweden wurden nur die Arbeitgeber eingeladen, Stellungnahmen abzugeben (was von der SI wahrgenommen wurde) und sich in verschiedener Form am Politikfindungsprozeß zu beteiligen – auch im Rahmen des Rates „Kooperation FTE Politik." In den Niederlanden wurden Vertreter der Arbeitgeberverbände ausschließlich in Fachkommissionen einbezogen, also mit Firmenvertretern gleichgesetzt.

In Österreich gaben einige Interviewpartnerinnen aus dem Bereich der Verbände an, daß sie einen exklusiveren Zugang zum in der EU-FTE-Politik federführenden Ministerium erwartet hätten, ein Gesprächspartner meinte hingegen, daß er im wesentlichen mit dem Prozeß der Meinungsfindung einverstanden gewesen wäre. Alle Interviewpartner waren hingegen mit dem Output des politischen Prozesses unzufrieden, in dem sie die Positionen ihrer Organisationen zu wenig reflektiert fanden.[41]

Umgekehrt ist es im internationalen Vergleich schwer nachzuweisen wie wichtig es den einzelnen Verbänden selber war, eingebunden zu werden, vor allem da diese Institutionen teils sehr ungleichgewichtig auf europäischem Niveau vertreten sind und daher in unterschiedlichem Ausmaß die Möglichkeit der Direktvertretung wahrnehmen konnten. Im Wesentlichen trifft das auch für die Vertreter von Einzelfirmeninteressen zu.

---

[41] Wirkungszusammenhänge sind in solchen Fällen tatsächlich schwer nachzuweisen, da einige Forderungen auch von anderen Akteuren vorgebracht worden waren und so in teils modifizierter Form Eingang gefunden haben mögen. Dies gilt für die meisten Stellung- und Einflussnahmen, außer in jenen seltenen Fällen, in denen ein Set von Forderungen nur von einem, sich klar deklarierenden Akteur vorgebracht wurden.

Schlußendlich soll hier also noch auf die Dichte der direkten Beziehungen nationaler Interessengruppen – vor allem von Verbänden und Firmen, das selbe gilt aber im Wesentlichen auch für Forschungsinstitutionen – zur Europäischen Kommission und zum Europäischen Parlament eingegangen werden. Die nationalen Gewerkschaften und auch deren Vertretung auf europäischer Ebene spielen im Bereich EU-FTE-Politik in Brüssel keine Rolle und werden darum hier auch nicht weiter behandelt. In dieser Dimension lassen sich die drei Länder klar in zwei Gruppen einteilen. Dabei sind die Beziehungen österreichischer Interessenvertretern, gleich ob Repräsentanten von Firmen, von Sozialpartnern oder von anderen gesellschaftlicher Interessen, relativ zu den anderen beiden Ländern noch deutlich weniger entwickelt. Dies gilt vor allem für die Zeit der Entstehung von RP5, denn in jüngster Zeit läßt sich bei einzelnen Akteuren wie der Industriellenvereinigung (IV) und vereinzelten professionellen Interessenvertretern österreichischer Firmen eine Tendenz zur Professionalisierung ausmachen.

Bei dieser Entwicklung der österreichischen Interessenvertretungen handelt es sich tatsächlich um einen Nachholprozeß, denn schwedische und niederländische Interessenvertretungen sind in diesem Vorgang den Österreichern deutlich voraus. Das ist einerseits auf die Wirtschaftsstruktur der beiden Länder zurückzuführen, die, wie bereits erwähnt, über eine größere Anzahl international agierender Großfirmen, teils auch multinationale Konzerne, verfügen. Auch läßt sich der Rückstand durch eine gewisse zeitliche Verzögerung erklären: die schwedischen SAF und SI, die Gegenstücke zur österreichischen Wirtschaftskammer (WKÖ) und IV, haben ihre Vertretung in Brüssel bereits 1974 eröffnet (in etwa zeitgleich mit einigen schwedischen Firmen), also lange vor dem schwedischen EU-Beitritt, während die IV als erster österreichischer Akteur 15 Jahre später, also 1989, eine Vertretung in Brüssel eröffnete.

Andererseits hat dies aber auch mit der Dichte der Beziehungen der österreichischen Sozialpartnerschaft auf nationaler Ebene zu tun, die auch im Zuge der Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft bei österreichischen Interessenvertretungen die Erwartung weckte, daß diese wie bisher bei den Vorbereitungen gesetzlicher Änderungen, auf EU- wie auch auf nationaler Ebene, mit einbezogen werden würden.[42] Dies war eine Hoffnung, die sich in einer Reihe von Fällen, wie etwa der direkten Teilnahme an RAG-Sitzungen, mit den Regeln der EU nicht vereinbaren ließen, ergo seitens der staatlichen Instanzen nicht erfüllbar waren (siehe z.B. Falkner 2000, Müller 2000) oder die Sozialpartner einfach überforderten – ein Beispiel wäre hier die Langsamkeit, mit der die Sozialpartner auf Diskussionen im Europäischen Parlament und der Kommission reagieren. Hier erweist sich der Umstieg vom nationalen System des Korporatismus auf das ungleich komplexere europäische Mehrebenen-System, das in einer Reihe von Fällen Interessenvertretern eine Handlungslogik, welche der des angelsächsischen Pluralismus ähnelt, aufzwingt (oder ermöglicht) als für die Sozialpartner sehr schwierig (vergleiche dazu auch Karlhofer/Talos 1996).

---

[42] Dies ging aus Interviews mit Vertretern der Arbeitgeberseite deutlich hervor.

5. Überprüfung der drei Erklärungsfaktoren

Als nächstes soll eine Überprüfung der eingangs formulierten Faktoren, die zu einer Erklärung der Unterschiede der drei Politikfindungsprozesse beitragen könnten, vorgenommen werden. Der erste Faktor war das historisch gewachsene Setup des nationalen Innovationssystems. Tatsächlich scheint die Rolle und Bedeutung der einzelnen diesbezüglichen Institutionen eine Erklärungskraft in Bezug auf das Forschungsinteresse zu haben. Allerdings kann die Bedeutung der einzelnen Institutionen im nationalen Innovationssystem und für die nationale FTE-Politik nicht naiv auf das relativ neue und spezialisierte Politikfeld EU-FTE-Politik übernommen werden. Tatsächlich sind es zwar die multinationalen Konzerne, die in den nationalen Innovationssystemen ebenso wie in der Entscheidungsfindung um die nationalen Positionen zum RP5 eine große Bedeutung haben, doch gleiches gilt weder für die anderen Forschungseinrichtungen (vor allem die Universitäten) und auch nicht für alle den Ministerien vorgelagerten intermediären Institutionen, wie etwa den Forschungsfonds.

Die Forschungseinrichtungen treten scheinbar nach einem bestimmten Muster an die Rahmenprogramme heran: je weniger nationale Mittel vorhanden sind, desto stärker die Bereitschaft zur Beteiligung an den Rahmenprogrammen und um so größer die Bereitschaft auch sich an damit verbundenen politischen Willensbildungsprozessen zu beteiligen. Im Fall Schwedens wurde so seitens Vertreter der Ministerien das als ausbaufähig qualifizierte Interesse der Universitäten an den Rahmenprogrammen erklärt, in Österreich weisen Beteiligungsdaten an den Rahmenprogrammen ebenso wie am Politikfindungsprozeß zu RP5 auf eine ähnliche Erklärung hin.

Ein Teil der den Ministerien vorgelagerten intermediären Organisationen, vor allem solche mit internationaler Ausrichtung, konnte hingegen in allen drei Ländern, vor allem aber in den Niederlanden, eine im Vergleich zu ihrer Größe und Mittelausstattung, große Rolle spielen. Eine Erklärung dafür dürfte generell im Wissen liegen, das in diesen Institutionen angesammelt wurde, die ja auch Funktionen der Ministerien im Politikbereich übernommen haben. Verschiedentlich wuchs im Lauf der Interviews auch der Eindruck, daß die Vertreter der den EU-FTE-politischen Prozeß koordinierenden Ministerien auf die vorgelagerten Institutionen in Bezug auf Informationseinholung und -verarbeitung im Politikfeld einfach angewiesen waren, so daß die intermediären Institutionen zwangsläufig eine starke Rolle spielen konnten und auch mußten.

Der zweite wesentliche eingangs angebotene Erklärungsfaktor war die Charakterisierung des Verhältnisses zwischen Staat und Wirtschaft allgemein, im Fall der drei Länder also neokorporatistische Politikarrangements, sowie bezogen auf den Bereich FTE-Politik. Die Zusammenhänge zwischen der EU-FTE-Politik einerseits, sowie FTE-Politik und allgemeine Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft andererseits, sind deutlich komplexer. Aus der

Literatur ließe sich folgende Typologisierung für die Staat-Wirtschaft Beziehungen der drei Länder bilden: Österreich wäre ein (wenn nicht *der*) Vertreter eines „harten" oder „starken" Neokorporatismus mit einem starken Staat, ursprünglich starken Gewerkschaften und starken Arbeitgebervertretern, Schweden seit den 1990er Jahren eines Modells mit stärkerer Dezentralisierung und einem relativ schwächerem Staat und starken Gewerkschaften, die Niederlande Vertreter eines ebenfalls dezentralisierten Modells, das seit den 1980er Jahren als Gesamtsystem relativ schwächer ausgebildet ist, mit einem starkem Staat und schwachen Gewerkschaften (Katzenstein 1985, Schmitter/Grote 1997, Karlhofer/Sickinger 1999, Hemerijck/Unger/Visser 2000).

Aus den vorliegenden Daten ließe sich der Bereich FTE-Politik im Hinblick auf neokorporatistische Verhandlungsmuster wie folgt charakterisieren. Österreich hatte bis Mitte 1980er Jahre seine (im übrigen kaum ausformulierte und stark auf die Rolle der verstaatlichten Industrie abstellende) FTE-Politik stark auf der Expertise der Sozialpartner aufgebaut. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Sozialpartner zunehmend weniger in die Politikentscheidungen um FTE einbezogen, bis diese Anfang der 1990er Jahre gegenüber unabhängigen Expertinnen eine deutlich schwächere Position inne hatten. In Schweden spielten die Verbände im Bereich FTE-Politik eine untergeordnete Rolle, Verbindungen des Staates mit großen Firmen waren hier bedeutsamer, die auch in einer Reihe von Großtechnologieprojekten mündeten (Edquist/Lundvall 1993). Ebenso waren in den Niederlanden die Verbände von weniger großer Bedeutung. Auch wenn die Arbeitgeber zur Politikformulierung beigezogen wurden, so suchte der Staat doch Beziehungen zu großen Firmen, um Technologien zu verwirklichen oder größere Institutionen zu gründen (van der Steen 2000).

Im EU-FTE-Politikfeld findet sich ein anderes Muster. In Österreich wurden Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Politikfindungsprozeß zu RP5 beigezogen, die Arbeitgeber dabei aber bevorzugt behandelt – und zwar nicht nur den Arbeitnehmervertretungen, sondern auch den anderen gesellschaftlichen Interessen gegenüber. Die Kooperation mit den Sozialpartnern begann aber schon vor dem EU-Beitritt, in einer Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Beitrittes im FTE-Politikfeld unter Leitung des Wissenschaftsministeriums, zu der auch die Sozialpartner beigezogen waren. Hier läßt sich nun die interessante Beobachtung anstellen, daß die Sozialpartner mittels Beiziehung zum erwähnten Arbeitskreis zu einem Zeitpunkt in eine EU-politisch relevante Entscheidung einbezogen wurden, als sie von den anderen relevanten Entscheidungsfindungsprozessen im Politikfeld (also der nationalen FTE-Politik) weitgehend ausgeschlossen waren. Diese Beiziehung hat sich seither institutionalisiert, in dem die Sozialpartner auch in die seit 2000 laufende Vorbereitung zu RP6 einbezogen wurden – und das in noch stärkerem Ausmaß als bei der Vorbereitung zu RP5. In Österreich kann also innerhalb des EU-FTE-Politikfeldes von einer Verfestigung der Einbeziehung der Sozialpartner gesprochen werden. Fraglich ist, ob diese Muster einen „spill-over" Effekt in andere FTE-Politik-Subfelder erzeugen kann, vor allem, da der Ministerposten des hier maßgeblichen BMVIT seit 2000 von der FPÖ gestellt wird.

In Schweden ist die Situation insofern ähnlich, als dort ebenfalls die Arbeitgebervertreter (wenn auch nicht die Arbeitnehmer) in die Vorbereitung des EU-Beitrittes einbezogen wurden und eine Vertreterin des SI (nicht des SAF, der nur beschränkte FTE-politische Expertise aufweist) auch von Beginn der EU-Mitgliedschaft an in verschiedenen Gremien des die EU-FTE-Politik koordinierenden Bildungsministeriums integriert war. Auch diese steht im Widerspruch zur sonstigen FTE-politischen Praxis in Schweden, wo ähnlich wie in Österreich zwar üblicherweise Gesetzesentwürfe zur Begutachtung an eine Reihe von Interessenvertretungen ausgesandt werden, aber nicht einzelne Akteure zur Politikfindung vorher eingeladen werden. Interessant ist hier allerdings, daß der SI im Zuge der Beschäftigung mit EU-FTE-Politik eine Strategie in Blickrichtung auf nationale FTE-Politik entwickelt hat und nunmehr regelmäßige Treffen mit anderen nationalen Akteuren in Regierung, Parlament und Wirtschaft (mit letzteren auch in Form eines Arbeitskreises wie ihn die österreichische WKÖ und IV durchführen) abhält. Hier hat sich, möglicherweise als Folge der Vorbereitung auf den EU-Beitritt Schwedens, tatsächlich eine Art spill-over Effekt gezeigt. Ähnlich wie in Österreich scheinen auch in Schweden die Arbeitgeberverbände in die Vorbereitung auf RP6 stärker eingebunden zu sein als bei RP5, was unter anderem in einem gemeinsamen Foresight-Projekt verschiedener intermediären Institutionen und der SI mündete[43], aber sich auch in regelmäßigen Treffen mit dem Bildungsminister ausdrückt – wobei der Carl Tham nachfolgende Minister den Ruf größerer Industriefreundlichkeit genießt.

In den Niederlanden sind die Arbeitgeber in der EU-FTE-Politik niederrangig und indirekt, über die Fachkommissionen, eingebunden. Dies läuft parallel mit der geringen Einbindung der Arbeitgeberverbände (und der Nicht-Einbindung der Arbeitnehmervertreter) in die nationale FTE-Politik.

Insgesamt läßt sich also feststellen, daß die EU-Beitritte Österreichs und Schwedens den Verbänden keinen Bedeutungsverlust, sondern einen Bedeutungsgewinn verursacht haben, in dem die Einbindung dieser gesellschaftlichen Akteure verstärkt wurde.[44]

Festzuhalten ist auch, daß der eingangs erwähnte dritte Faktor zur Erklärung der Unterschiede zwischen den Politikfindungsprozessen zum RP5, der Zeitpunkt des EU-Beitrittes, eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Gerade der EU-Beitritt führte in Österreich und Schweden zu einer Neubewertung vorhandener Strategien in einem neu geschaffenen, oder doch wenigstens in seiner Bedeutung wesentlich gestiegenen FTE-Politikfeldes.[45] Auch ist in den beiden Ländern ein größerer Unterschied zwischen der Herangehensweise an die Vorbereitung von RP6 im Vergleich zu RP5 feststellbar, als das bei den Niederlanden der

---

43 Swedish Technology Foresight, „The Foresighted Society," Sweden 2000

44 Vergleiche diesen Befund mit den Bemerkungen von Müller zu anderen Politikfeldern in Müller 2000.

45 Verschiedene europäische Programme existierten schon länger und waren für Österreich und Schweden teilweise schon länger zugänglich (für Österreich vgl. Pichler 1990).

Fall ist, die sich bei der Findung eines nationalen Standpunktes in sehr ähnlicher Weise RP6 nähern, wie sie das schon bei RP5 getan hatten. Das läßt sich vor allem auf die weitaus größere Erfahrung der niederländischen Akteure im Umgang mit den Rahmenprogrammen zurückführen, die in den beiden 1995 beigetretenen Ländern nicht zu finden ist. Österreich und Schweden haben ihre Strategie zur Findung einer nationalen Position zum geplanten Rahmenprogramm evaluiert und diese entsprechend verändert.[46]

Für die Bewertung der Auswirkungen des EU-Beitrittes auf neue Mtgliedsländer bedeutet dies vor allem, daß die Effekte nicht den erwartbaren Weg nehmen. Wenige Beobachter hätten Ende der 1980er Jahre erwartet, daß das zu diesem Zeitpunkt schon eingeleitete Verfahren zum EU-Beitritt als Folge haben würde, daß die langsam an Einfluß verlierenden Sozialpartner in einem der damaligen Beitrittskandidaten verstärkt in ein neues Politikfeld eingebunden werden würden, wie in Österreich geschehen. Wahrscheinlich hätten sogar wenige Beobachter die Vorhersage gewagt, daß in einem Land auch nur ein Teil der Verbände verstärkt beigezogen würden, wie in Schweden der SI.[47]

Tatsächlich hat sich in Österreich im Bereich EU-FTE-Politik keine „corporatist policy community" herausgebildet, wie das in anderen Politikbereichen der Fall war (Falkner / Müller 1998). Diese Bezeichnung charakterisiert aber das Politikfeld nicht wegen der nicht genügenden Einbindung und bevorzugten Behandlung der Sozialpartner unzureichend, sondern wegen der insgesamt losen Kontakte, unregelmäßigen Interaktionen und vor allem in ihrer Sicht der zu lösenden Probleme uneinheitlichen Akteure, die eher eine Einstufung als „policy network" zuläßt.

Aber andererseits hätten Ende der 1980er Jahre auch wenige Beobachter vorhergesagt, daß neokorporatistische Politikmuster, wenn auch in anderer Form und mit teilweise anderen Zielsetzungen, in einer Reihe von europäischen Ländern wieder verstärkte Bedeutung erlangen würden. Und doch ist das im Lauf der 1990er passiert, wie eine Reihe von sich damit auseinandersetzenden Publikationen zu beweisen vermag (Schmitter/Grote 1997, Karlhofer/Talos 1999, Regini 2000). Zwar muß das hier dargelegte Argument auf einen Politikbereich in drei Ländern beschränkt bleiben. Aber mit dieser Einschränkung im Hintergrund kann doch gesagt werden, daß zumindest in diesem Fall der Trend in Richtung Konvergenz politischer Systeme, meist postuliert unter dem Prätext des Verschwindens von Alternativen zu angelsächsischen individualistisch geprägten Gesellschaftsformen, nur dann stimmt, wenn aus einer Vogelperspektive auf die jeweiligen Vergleichsländer geschaut wird. Denn nur einer solchen Perspektive erlaubt es Phänomenen wie die europäische Integration oder die Globalisierung als vereinheitlichend zu erleben und das Ende der Buntheit der Welt zu postulieren.[48]

---

[46] In Österreich war das RP5-POL Projekt Teil dieser Evaluationsanstrengungen, vergleiche Biegelbauer / Gerstl / Pernicka 2001.

[47] Der SI fusionierte im März 2001 mit dem größten schwedischen Arbeitgeberverband SAF.

[48] Zwei ebenso klassische wie einflussreiche Beispiele wären Fukuyama 1992 und Ohmae 1995.

Glossar

AK	Arbeiterkammer
AStV	Ausschuß der Ständigen Vertreter (=Coreper)
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BIT	Büro für Internationale Forschungs- und Technologiekooperationen
BKA	Bundeskanzleramt
BMBWK	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kunst (seit 2000)
BMFin	Bundesministerium für Finanzen
BMUK	Bundesministerium für Unterricht und Kunst (bis 2000)
BMVIT	Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (seit 2000)
BMwA	Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten
BMWF	Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung (bis 1996)
BMWV	Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr (1998–2000)
BMWVK	Bundesministerium für Wissenschaft, Verkehr und Kunst (1996–1998)
CERT	Committee on Energy, Research and Technology
COREPER	Comité des Représentants Permanents (=AstV)
CREST	Comité de la recherche scientifique et technique
ECU	European Currency Unit
EFF	Europaforum Forschung (seit Ende 1998)
EG	Europäische Gemeinschaft/en
EGL	EG Liaison (Netherlands)
EGV	EG-Vertrag
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EIPA	European Institute of Public Administration
EK	Europäische Kommission
endg.	endgültig
EP	Europäisches Parlament
ESTA	European Science and Technology Assembly
EU	Europäische Union
EU-FoU Radet	Schwedischer EU Forschungs- und Entwicklungs-Rat
Euratom	Europäische Atomgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
ESPRIT	European Strategic Programme for Research and Information Technologies
F&E	Forschung und Entwicklung
FTE	Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration
FEEI	Fachverband für Elektro- und Elektronikindustrie
FFF	Fonds zur Förderung der gewerblichen Forschung
FWF	Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
FOMIN	Forschungsministerrat

GD	Generaldirektion
IRDAC	Industrial Research and Development Advisory Commitee
ITF	Innovations und Technologie Fonds
ITRE	Committee on Industry, External Trade, Research and Energy
IV	Industriellenvereinigung
IWK	Interdepartmentale Werkgroep Kaderprogramma
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KNAW	Niederländische Akademie der Wissenschaften
MECU	Millionen European Currency Unit
MEP	Memers of Parliament
MEURO	Million Euro
MinEZ	Ministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten (Niederlande)
MinOCW	Bildungs-, Kultur und Wissenschaftsministerium (Niederlande)
NEST	Netherlands House for Science and Technology
NUTEK	Nationaler Schwedischer Rat für Industrie und Technologische Entwicklung
NWO	Organisation für Grundlagen- und strategische Forschung (Niederlande)
PMC	Programm Management Club
RAG	Ratsarbeitsgruppe
RP5	Fünftes Rahmenprogramm der EG im Bereich der Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration
SAF	Svenska Arbetsgivareföreningen
SI	Industriförbundet
SIDA	Schwedische Internationale Entwicklungsagentur
StV	Ständige Vertretung
TNO	Organisation für angewandte Forschung (Niederlande)
TSER	Targeted Socio-economic Research
VNO-NCW	Confederation of Netherlands Industry and Employers
VSNU	Niederländische Vereinigung der Universitäten
WKÖ	Wirtschaftskammer Österreich

Bibliografie

Albert, M. (1993), *Capitalism vs. Capitalism*, Four Wall Eight Windows, New York

Benner, M. und Vad T. B. (2000), *„Sweden and Denmark – Defending the Welfare State,"* in: Scharpf, F. und Schmidt, V. (Hg) (2000), *Welfare and Work in the Open Economy*, Vol. II, Oxford/New York, Oxford University Press

Biegelbauer, P. (1998), „Mission Impossible: The Governance of European Science and Technology," in: Science Studies, Helsinki, 2/1998.

Biegelbauer, P. (2000), „130 Years of Catching Up With the West: A Comparative Perspective on Hungarian Industry, Science and Technology Policy-Making Since Industrialization, Ashgate Publ. Ltd., United Kingdom

Biegelbauer, P. und Gerstl, A. und Pernicka, S. (2001), „Politikvorbereitungsprozesse und Verhandlungsmechanismen im EU-Politikfeld Forschung und Technologie (RP5-POL Projekt)," Projektbericht des Instituts für Höhere Studien, Wien

Biegelbauer, P. und Griessler, E. und Leuthold, M. (2001), „The Impact of Foreign Direct Investment on the Knowledge Base of Central and Eastern European Countries (FDI-CEEC Project)," Working Paper Nr. 77 der Reihe Politikwissenschaft, Institut für Höhere Studien

Borchardt, K. (2000), „The ABC of Community Law," DG for Education and Culture, European Commission, Brussels

Borrás, Susana (2000), „Science, Technology and Innovation in European Politics," Research Paper No.50, Roskilde University

Boyer, R. und Hollingsworth, R. (Hg) (1997), Contemporary Capitalism: The Embeddedness of Institutions, Cambridge and New York, Cambridge University Press

Bührer, W. und Grande, E. (2000), Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Baden-Baden, Nomos

Czada, R. (1994), „Konjunkturen des Korporatismus: Zur Geschichte eines Paradigmen-wechsels in der Verbändeforschung," in: Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 25, pp.37–64

Dunning, John (1993), Multinational Enterprises and the Global Economy, Harlow, England, Addison-Wesley

Edler, J. (2001), Institutionalisierung europäischer Politik. Die Genese des Forschungsprogramms BRITE als reflexiver sozialer Prozeß, Nomos Verlag, Baden-Baden

Edquist, C. und Lundvall, B.-A. (1993), „Comparing the Danish and Swedish Systems of Innovation," in Nelson, R (Hg), National Innovation Systems, Oxford/New York, Oxford University Press

Europäische Kommission (1996), „Die Zukunft gestalten," KOM (1996) 332, Brüssel

Europäische Kommission (1997), KOM (1997) 142, Brüssel

Europäische Kommission (2000), „Hin zu einem europäischen Forschungsraum," KOM (2000) 6, Brüssel

Europäische Kommission (2000), „Towards a European Research Area – Science, Technology and Innovation: Key Figures 2000," Brussels

Europäisches Parlament und Europäischer Rat (1998), Beschluss des Rates und des Europäischen Parlaments Nr. 182/1999/EG vom 22. Dezember 1998 über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung

Falkner, G. und Müller, C. (Hg.) (1998), Österreich im europäischen Mehrebenensystem, Wien, Signum

Falkner, G. (2000), „How Pervasive are Euro-Politics? Effects of EU Membership on a New Member State," in: Journal of Common Market Studies 38(2), pp.223–50

Freeman, C. (1987), Technology Policy and Economic Performance, London, Pinter

Fukuyama, F. (1992), The End of History and the Last Men, New York, Free Press

Fukuyama, F. (1995), Trust – the Social Virtues and the Creation of Prosperity, Hamish Hamilton, London

Grande, E. und Häusler, J. (1994), Industrieforschung und Forschungspolitik, Köln, Campus Verlag

Grande, E. (1996), „The State and Interest Groups in a Framework of Multi-Level Decision-Making: the Case of the European Union," in: Journal of European Public Policy, 3(3) 1996, 318–338

Grande, E. (2000a), Verbände und Verbändeforschung in Deutschland, in: Bührer, W. und Grande, E. (2000), Unternehmerverbände und Staat in Deutschland, Baden-Baden, Nomos

Grande, E. (2000b), „Von der Technologie- zur Innovationspolitik – Europäische Forschungs- und Technologiepolitik im Zeitalter der Globalisierung," in: Simonis, G., Martinsen, R. und Saretzki, T. (Hg) (2000), „Politik und Technik: Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischen und staatlichen Wandel am Anfang des 21.Jahrhunderts," in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 31/2000, 368–387

Hemerijck, A. und Unger, B. und Visser, J. (2000), „How Small Countries Negotiate Change – Twenty-Five Years of Policy Adjustment inAustria, the Netherlands and Belgium," in: Scharpf, F. und Schmidt, V. (Hg) (2000), Welfare and Work in the Open Economy, Vol. II, Oxford/New York, Oxford University Press

Heritier, A. (1987), Einführung in die Policy-Analyse, Frankfurt/New York, Campus

Hollingsworth, J. R., Schmitter, P. and Streeck, W. (Hg) (1993), Governing Capitalist Economies: Performance and Control of Economic Sectors, Oxford University Press, Oxford/New York

Hollingsworth, J. R. und Streeck, W. (1994), Governance of Capitalist Economies, Oxford University Press, Oxford/New York

Inglehart, R. (1990), Culture Shift in Advanced Industrial Society, Princeton University Press, Princeton, New Jersey

Karlhofer, F./Talos, E. (1996), Sozialpartnerschaft und EU, ZAP, Wien

Karlhofer, F./Talos, E. (Hg, 1999), Zukunft der Sozialpartnerschaft, ZAP, Wien

Karlhofer, F. und Sickinger, H. (1999), „Korporatismus und Sozialpartnerschaft" in: Karlhofer, F./Talos, E. (Hg, 1999), Zukunft der Sozialpartnerschaft, ZAP, Wien

Katzenstein, P. (1985), Small States in World Markets: Industrial Policy in Europe, Cornell University Press

Kittel, B. (2000), „Deaustrification? The Policy-Area-Specific Evolution of Austrian Social Partnership," in: West European Politics 23(1), pp.108–129

Krige, J. and Guzzetti, L.(Hg) (1995), History of European Science and Technology Cooperation, European Commission, Brussels

Kuhlmann, S. (1998), Politikmoderation, Baden-Baden, Nomos

Lundvall B.A (Hg. 1992), National Systems of Innovation, Pinter, London

Luhmann, N. (1968), Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. Stuttgart

Lütz, S. (1993), Steuerung Industrieller Forschungskooperation, Köln

Maurer, A. (2000), „Europäisches Parlament," in Wessels, W. und Weidenfeld, W. (2000), Europa von A bis Z – Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Europa Union Verlag, Bonn

Nelson, R. and Rosenberg, N. (1993), 'Technical Innovation and National Systems', in Nelson, R. (Hg), National Innovation Systems, Oxford/New York, Oxford University Press

Nelson, R. (Hg) (1993), National Innovation Systems, Oxford/New York, Oxford University Press

Neuhold, C. (2001), Das Europäische Parlament im Rechtssetzungsprozeß der Europäischen Union, Peter Lang, Frankfurt am Main

North, D.C. (1998), Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung, Tübingen

NUTEK (1998), The Swedish National Innovation System, Stockholm

Ohmae, K. (1995), Der neue Weltmarkt, Hoffman und Campe

Patel, P. /Vega, M. (1999), „Patterns of Internationalisation of Corporate Technology: Location vs. Home Country Advantages," in: Research Policy 28(2–3), pp. 145–155

Pavitt, K. (1992), 'Internationalisation of Technological Innovation', Science and Public Policy, 2/92, pp. 119–123

Peters, G. (1999), Institutional Theory in Political Science – The „New Institutionalism." Pinter, London and New York

Peters, G. (2000), „Institutional Theory: Problems and Prospects" Political Science Series 69. Institute for Advanced Studies, Vienna, Austria

Pichler, F. (1990), „Österreichs Weg in die Europäische Technologiegemeinschaft (1970–1990)," in Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 90/3, Seiten 317–328

Piehl, E. und Timann, H.-J. (Hg.) (2000), Der europäische Beschäftigungspakt – Entstehungsprozeß und Perspektiven, Baden-Baden, Nomos

PROVISO (2001), „Monitoring the Austrian Participation in EU – RTD activities – the Project PROVISO," http://www.bmbwk.gv.at/eu/proviso/publ.htm, retr. 09–10–01

Regini, M. (2000), „Between Deregulation and Social Pacts: the Responses of European Economies to Globalization," in: Politics & Society 28(1), pp.5–33

Reuter, Norbert (2000), „Das Modell Niederlande." Wirtschaft und Gesellschaft, 26.Jg, 3/2000

SAF (2000), „Labour Relations in Sweden," Doc No G1

Sandholtz, W. (1992), High-Tech Europe: The Politics of International Cooperation, Berkeley

Scharpf, F. und Schmidt, V. (Hg) (2000), Welfare and Work in the Open Economy, Vol. II, Oxford/New York, Oxford University Press

Schibany, A., Jörg, L. et al (2001), „Evaluierung der österreichischen Beteiligung am 4. Rahmenprogramm der EU," Joanneum Research-Technopolis-VTT, Projektendbericht

Schmitter, P. und Grote, J. (1997), „Der korporatistische Sisyphus: Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft," in: Politische Vierteljahresschrift, 1997, pp. 530–554

Sharp, M. and Peterson, J. (1998), Technology Policy in the European Union, New York, St. Martin's Press

Simonis, G. and Martinsen, R. (1995), Paradigmenwechsel in der Technologiepolitik? Opladen, Leske + Budrich

Simonis, G., Martinsen, R. und Saretzki, T. (Hg) (2000), „Politik und Technik: Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischen und staatlichen Wandel am Anfang des 21.Jahrhunderts," in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 31/2000

Süß, W./Becher, G. (Hg.) (1993), Politik und Technologieentwicklung in Europa, Berlin

Streeck, W. (1994), „Einleitung des Herausgebers: Staat und Verbände: Neue Fragen. Neue Antworten?," in: Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 25, pp.7–34

Stucke, A. (1993), Institutionalisierung der Forschungspolitik, Frankfurt am Main, Campus

Swedish Technology Foresight (2000), „The Foresighted Society," Sweden

Talos, E. und Kittel, B. (2001), Gesetzgebung in Österreich. Netzwerke, Akteure und Interaktionen in politischen Entscheidungsprozesse, WUV, Wien

Traxler, F. und Blaschke, S. und Kittel, B. (2001), National Labour Relations in Internationalized Markets, Oxford/New York, Oxford University Press

Tichy, G. (2001), „Marktnischen mit Chancen auf österreichische Themenführerschaft," in: Wirtschaft und Gesellschaft, 26 (2000), Heft 4, 513–536

Van der Steen, M. (2000): „Technology Policy Learning in the Netherlands 1979–1997," Paper prepared for the EASST Conference, September 27th-30th 2000 at the University of Vienna, Austria

Visser, J. (2000), Zum Beschäftigungspakt am Beispiel der Niederlande (Polder-Modell), in: Piehl, E. und Timann, H.-J. (Hg.) (2000), Der europäische Beschäftigungspakt – Entstehungsprozeß und Perspektiven, Baden-Baden, Nomos

Wessels, W. und Weidenfeld, W. (2000), Europa von A bis Z – Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Europa Union Verlag, Bonn

Wessels, W. und Müller, T. (2000), „Entscheidungsverfahren," in Wessels, W. und Weidenfeld, W. (2000), Europa von A bis Z – Taschenbuch der europäischen Integration, Bundeszentrale für politische Bildung, Europa Union Verlag, Bonn

Williamson, O. (1985), The Economic Institutions of Capitalism, The Free Press, New York/London

World Bank (1999), World Development Report 1998/99, Washington, D.C.

Author: Peter Biegelbauer

Title: Interessenvermittlung unter den Bedingungen der europäischen Integration: Die Erstellung nationaler Positionen zum 5. Forschungsrahmenprogramm der EU in Österreich, den Niederlanden und Schweden

Reihe Politikwissenschaft / Political Science Series 79

Editor: Christine Neuhold
Associate Editor: Gertrud Hafner

ISSN: 1605-8003
© 2001 by the Department of Political Science, Institute for Advanced Studies (IHS),
Stumpergasse 56, A-1060 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 5970635 • http://www.ihs.ac.at

ISSN: 1605-8003